

# Tätigkeitsbericht 2008



Vorwort	5
I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2008	7
I/a „Gäste, Freunde, Gemeinden“, 55. Österreichischer Gemeindetag	8
I/b „Demografische Herausforderung“, Kommunale Sommergespräche 2008	9
I/c Bürgermeisterreisen	9
II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008	11
II/a Der Finanzausgleich ab 2008	11
II/b Gemeindefinanzen 2008	18
II/c Legistik	26
II/d Forderungspapier an die neu zu bildende Bundesregierung	27
II/e Büro Brüssel	35
II/f Netzwerk Bildung	38
II/g Presse- und Kommunikation	39
III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes	47
III/a Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts	47
III/b Chronik der Organsitzungen 2008	52
III/c Österreichischer Gemeindebund Service GmbH	55
III/d Kommunalkredit Austria AG	56
III/e Generalsekretariat in Wien und Brüssel	56
IV. Informations- und Serviceteil	59
IV/a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2008)	59
IV/b Trauer	61
IV/c Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes	62
IV/d Der Österreichische Gemeindebund	65



## Vorwort

### *Werte Leserin, werter Leser!*

Das Jahr 2008 war in jeder Hinsicht sehr außergewöhnlich und ereignisreich. Besonders die internationale Bankenkrise, die sich zu einer ersten Wirtschaftskrise auswächst, hat jeden politisch denkenden Menschen im Herbst 2008 intensiv beschäftigt. Die Folgen für die Gemeinden sind dramatisch und bislang noch nicht in allen Facetten absehbar. Fest steht, dass das Jahr 2009 auch die Gemeinden vor enorme Herausforderungen und eine echte Belastungsprobe stellen wird. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen werden nach vielen Jahren der Steigerung in den kommenden Monaten spürbar sinken. Diese Entwicklung engt den Handlungsspielraum der Kommunen massiv ein, die Investitionstätigkeit vieler Gemeinden ist damit gefährdet.

Ein erstes Opfer der Bankenkrise in Österreich war die Kommunalkredit Austria AG, die bis dahin größte und wichtigste Bank für die heimischen Gemeinden. Nach dem Zusammenbrechen der internationalen Finanzmärkte wurde sie fast zur Gänze von der Republik Österreich übernommen, um die Finanzierung von öffentlichen Projekten in den Gemeinden dauerhaft und zu leistbaren Konditionen sicherzustellen. Der Österreichische Gemeindebund war und ist an der Kommunalkredit beteiligt, wir sehen diese geringe

Beteiligung (0,22 Prozent) als strategische Unterstützung. Uns ist wichtig, dass die Gemeinden auch weiterhin eine Spezialbank für ihre Vorhaben zur Verfügung haben.



Im Schatten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sollen aber die vielen positiven Höhepunkte des Jahres 2008 nicht in Vergessenheit geraten. Das Inkrafttreten eines neuen Finanzausgleichs etwa, der den Gemeinden zusätzliche Einnahmen gebracht hat. Die erfolgreiche Positionierung des Gemeindebundes am nationalen politischen Parkett, das die Bedeutung der Gemeinden immer weiter anhebt. Der 55. Österreichische Gemeindegtag in der Mozartstadt Salzburg, an dem mehr als 2.000 Kommunalpolitiker/innen teilgenommen haben und dafür gesorgt haben, dass an diesem kommunalpolitischen Highlight des Jahres niemand mehr vorbei sehen kann. Oder auch die „Kommunalen Sommergespräche 2008“ in Bad Aussee, die inzwischen zum Fixpunkt in den Terminkalendern der Wirtschafts- und Politikelite unseres Landes geworden sind. Es war der Gemeindebund, der dort erstmals mit aller Deutlichkeit die Probleme der demografischen Entwicklung in Österreich thematisiert hat. Auf diesen Zug sind

danach viele politisch Handelnde aufgesprungen, die Themenführerschaft hat aber der Gemeindebund übernommen.

Dieser Tätigkeitsbericht dokumentiert in den wichtigsten Bereichen die Schwerpunkte der Arbeit des Österreichischen Gemeindebundes. Er ist Zeugnis und Arbeitsnachweis für die Funktionäre und Mitarbeiter. Unsere Arbeit, die ausschließlich dem Wohl der Gemeinden dient, kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von vielen Menschen mitgetragen und gelebt wird. Ohne die enge Zusammenarbeit mit den Landesverbänden könnte der Gemeindebund auf Bundes-

ebene nicht so eine wichtige Rolle spielen. Ohne die Anregungen und das Engagement vieler Bürgermeister/innen wären wir nicht so eine kleine und schlanke, aber umso überzeugendere Interessensvertretung. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die täglich dazu beitragen, dass wir für die Gemeinden und ihre Bewohner vieles erreichen können.

Eine angeregte und informative Lektüre des vorliegenden Tätigkeitsberichtes und freue mich auf die Zusammenarbeit im Jahr 2009, gerade in diesem Jahr werden wir viel Kraft und das Engagement und die Mitarbeit aller brauchen.

Mit besten Grüßen

***Dr. Robert HINK***

Generalsekretär des Österreichischen  
Gemeindebundes

## I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2008

Der Österreichische Gemeindebund hatte sich für sein Arbeitsprogramm 2008 anspruchsvolle Themen und Schwerpunkte gewählt. Mit 2008 trat das neue FAG in Kraft. Dabei waren die in einigen Bereichen substantziellen Änderungen des Finanzausgleiches auf seine Wirkungen für die Gemeinden des ländlichen Raumes zu beobachten. Eng mit diesem Thema verbunden war die demographische Herausforderung, die den Gemeinden nicht nur einnahmenseitig, sondern auch ausgabenseitig zu schaffen macht. Dementsprechend wurde bei den diesjährigen kommunalen Sommergesprächen die demographische Entwicklung zum Leitthema.

Auf die Tatsache, dass die von vielen Menschen als selbstverständlich wahrgenommenen Leistungen der Daseinsvorsorge auch sensibel auf die demographische Entwicklung reagieren, wurde in einer sehr stark angenommenen Kampagne für die österreichischen Gemeinden unter dem Motto „Meine Gemeinde sorgt dafür“ hingewiesen. Mit diesem Thema eng verwandt ist die Entdeckung des Genossenschaftswesens für eine verstärkte aktive Partizipation in den Gemeinden und deren Belebung. Der Österreichische Gemeindebund hat hierzu eine verstärkte Kooperation mit dem Österreichischen Genossenschaftsverband ins Leben gerufen.

Als einer der Lebensnerven wirkt der Tourismus in den Gemeinden des ländlichen Raumes. Der Österreichische Gemeindebund stand nicht nur Pate bei der Gründung einzelner Tourismusmodellregionen, sondern wählte sich auch für den Gemeindetag 2008 in Salzburg das Motto „Gäste, Freunde, Gemeinden“.

Ein kohärentes Konzept zur Entwicklung und Erhaltung der Lebensfähigkeit der ländlichen Gemeinden wurde vom Österreichischen Gemeindebund nicht nur anlässlich der nach Jahren erstmals wieder tagenden Politischen Raumordnungskonferenz, sondern auch auf internationaler Ebene unter dem Schlagwort „Masterplan für den ländlichen Raum“ erfolgreich eingebracht. Nicht wegzudenken im internationalen Engagement unserer Interessensvertretung sind die Bürgermeisterreisen in die EU-Rathauptstädte, die Reisen nach Laibach und Paris brachten nicht nur neue Kooperationspartner auf EU-Ebene, sondern auch Einblicke in die Finanzsituation der Gemeinden anderer EU-Länder.

Mit diversen Wettbewerben wie „Klimafreundliche Gemeinde“ oder dem „Verkehrssicherheitspreis“ konnten die Gemeinden in ihrer Arbeit für mehr Lebensqualität in den Kommunen motiviert und vor den Vorhang geholt werden. Im Vordergrund aber standen im Berichtsjahr das Amt des Bürgermeisters und das der

kommunalen Mandatare. Österreichweit konnte über Initiative des gemeindebundes eine Informationsplattform zum Austausch von Ausbildungs- und Trainingsinhalten für Bürgermeister, das so genannte „Netzwerk Bildung“ geschaffen werden.

Die Neuwahlen zum Nationalrat im September 2008 stellten auch unsere Interessenvertretung vor neue Herausforderungen. Kurzfristig wurde in den Gremiensitzungen ein Forderungspapier an den Nationalrat und die neu zu bildende Bundesregierung erarbeitet. Die finanziellen Themen ließen bis zum Jahresende nicht los. Hatte man zur Jahreshälfte noch einen Erfolg im hoffentlich nun endgültig abgeschlossenen Kapitel der Getränkesteuer zu verbuchen, verschärfte sich aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise die Bedingungen für die österreichischen Gemeinden in einem bisher ungeahnten Ausmaß.

## **I/a „Gäste, Freunde, Gemeinden“, 55. Österreichischer Gemeindetag**

Der kommunalpolitische Höhepunkt des Jahres 2008 war zweifellos wieder der Österreichische Gemeindetag, der in diesem Jahr in Salzburg stattfand. 60 Jahre zuvor hatte der allererste Österreichische Gemeindetag ebenfalls in Salzburg stattgefunden. Mehr als 2.300 Bürgermeister und Gemeindevertreter kamen in die Mozartstadt, um unter dem Motto „Gäste.Freunde.Gemein-

den“ die Bedeutung der Kommunen für den Tourismus zu diskutieren. Die Gäste- und Referentenliste zeigte, wie wichtig die Gemeinden und der Gemeindebund für Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft inzwischen sind. Bundespräsident Heinz Fischer, der damalige Vizekanzler Wilhelm Molterer, Staatssekretärin Christine Marek, Innenministerin Maria Fekter, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, u.v.m. machten den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ihre Aufwartung. Mit einem Frühschoppen im Augustinerbräu begann der Gemeindetag sehr zünftig, setzte sich dann aber in hochqualitativen inhaltlichen Veranstaltungen zu touristischen Themen fort.

Im architektonisch eindrucksvollen Congress ging die Fachtagung zum Kernthema „Gäste. Freunde. Gemeinden“ dieses Gemeindetages über die Bühne. Dabei wurde auch eine vom Gemeindebund und dem Wirtschaftsministerium beauftragte Studie präsentiert, die die Rolle der Gemeinden für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Zahlen fasst. Zwei Drittel der österreichischen Gemeinden sind Tourismusgemeinden. Interessantes Ergebnis der Studie: 70 Prozent der touristischen Erlöse in Österreich werden nicht in Großstädten, sondern in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern erzielt. Der Vertreter des Gemeindebundes am Podium, Söldens Bürgermeister Ernst Schöpf, machte eines klar: „Ohne die Ge-

meinden geht im Tourismus gar nichts. Die Schaffung der notwendigen Infrastruktur, wie Straßen, Wasser, Abwasser- oder Müllentsorgung, das alles wird viel zu oft als selbstverständlich hingegenommen.“

Das Galadinner am gleichen Abend sprengte fast die Kapazitäten des Salzburger Kongresshauses, würdiger Abschluss und Höhepunkt war die politische Veranstaltung im Salzburger Festspielhaus, an der Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Gastgeber und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer zu den Teilnehmern sprachen.

Eine filmische Zusammenfassung der Highlights des Gemeindetages in Salzburg steht auf <http://www.ivs.tv/webcast/gemeindebund/gemeindetag08/> in Form von Videos zur Verfügung. Der 56. Österreichische Gemeindetag ist auch schon fixiert: Er wird am 10. und 11. September 2009 in Lech am Arlberg stattfinden.

### **I/b „Demografische Herausforderung“, Kommunale Sommergespräche 2008**

---

Mit der „Erfindung“ und Positionierung der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee ist dem Gemeindebund die Schaffung eines hochqualitativen Fixpunktes in den Sommer-

monaten gelungen. Zum insgesamt dritten Mal trafen sich diesmal vom 30. Juli bis zum 1. August 2008 rund 200 Experten und Politiker aus Bund, Land und Gemeinden in Bad Aussee, dem geografischen Mittelpunkt Österreichs, um unter dem Titel „Überfüllte Städte – Gemeinden ohne Bürger“ über die Herausforderungen zu diskutieren, die die demografische Entwicklung für die Gemeinden bereithält. Franz Schirmmacher, Herausgeber der FAZ und Bestsellerautor („Das Methusalem Komplott“) hielt ein viel beachtetes, sehr unterhaltsames, im Kern aber ernstes Referat über die dramatischen Folgen der demografischen Entwicklung in Europa. Ebenfalls zu Gast waren u.a. „Club of Rome“-Mitglied Dr. Leo Nefiodow sowie der prominente Demograf Dr. Rainer Münz. Zahlreiche Spitzenpolitiker aus Bund und Ländern (u.a. Ministerin Kdolsky, Minister Buchinger und LH Pühringer) trugen dazu bei, dass die Kommunalen Sommergespräche eine der intellektuell höchstwertigen Veranstaltungen des Sommers auf politischer Ebene wurden. Auch 2009 soll es eine Neuauflage der Sommergespräche geben, die maßgeblich von der Kommunalkredit unterstützt werden soll.

### **I/c Bürgermeisterreisen**

---

Ein weiteres Erfolgsformat des Gemeindebundes sind die Bürgermeisterreisen in EU-Hauptstädte, die zwei Mal pro Jahr stattfinden. Dieser Rhyth-

mus ergibt sich aus dem Halbjahreszeitraum, in dem die EU-Präsidentschaft wechselt. Besucht wird immer die Hauptstadt jenes Landes, das zu diesem Zeitpunkt die Präsidentschaft innehat. Im Frühling 2008 führte die erste Reise folgerichtig in die slowenische Hauptstadt Laibach, im Herbst in die französische Hauptstadt Paris. In beiden Fällen standen für die Teilnehmer hochwertige kommunale Termine mit Spitzenvertretern der jeweiligen Gemeindeverbände, sowie Vertretern der Staats- und EU-Ebene im jeweiligen Land statt. Die hohe Teilnehmer-

zahl bei beiden Reisen deutet darauf hin, dass das Interesse an EU-Themen und derartigen Fach- und Bildungsreisen konstant hoch ist. Jeweils rund 60 Teilnehmer, Bürgermeister und Gemeindevertreter aus ganz Österreich, haben an diesen Reisen teilgenommen.

Die nächsten Reisen werden vom 14. bis 16. Mai 2009 in die tschechische Hauptstadt Prag und von 15. bis 17. Oktober 2009 in die schwedische Hauptstadt Stockholm führen.

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

Die Platzierung und Umsetzung kommunaler Positionen auf nationaler und internationaler Ebene ist eine Kernkompetenz einer kommunalen Interessensvertretung mit Wirkungsbereich auf nationaler und supranationaler Ebene. Sie soll die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben stärken, ihre weitere Entwicklung ermöglichen und vor Gefahren und Fehlentwicklungen hinweisen. Die historisch erste und wichtigste Kompetenz ist die Erhaltung des finanziellen Spielraumes der Kommunen, eng damit verknüpft sind die Konsultationsmechanismen im Gesetzwerdungsprozess auf nationaler und internationaler Ebene sowie die dafür auch erforderliche Vertretung bzw. Präsenz in beratenden und entscheidenden Gremien. Die Kommunikation von Positionen durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt die politische und sachliche Arbeit des Gemeindebundes und soll auch kommunale Initiativen bündeln und durch Motivation fördern.

### II/a Der Finanzausgleich ab 2008

Seit 1.1.2008 ist der neue Finanzausgleich (FAG 2008) in Kraft. Der FAG

2008 hat eine Geltungsdauer von 6 Jahren und ist in zwei Etappen gegliedert. In die erste Etappe (2008 bis 2010) fallen bereits Maßnahmen, die im Jahr 2008 die Gemeindefinanzen gestärkt haben und im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu Reformen führten.

Die Geltungsdauer des neuen Finanzausgleiches beträgt sechs Jahre. Sie beginnt mit 1. 1. 2008 und endet mit 31. 12. 2013. Mit dieser Laufzeit soll Planungssicherheit gewährleistet werden.

Die folgenden Neuerungen für das Jahr 2008 werden im Folgenden beschrieben.

#### 1. Halbierung Konsolidierungsbeitrag

Im Jahr 2008 wird der im Finanzausgleichsgesetz 2005 geregelte Konsolidierungsbeitrag für die Länder und Gemeinden als erster Schritt um 50 % gesenkt. Die österreichischen Gemeinden erhalten dadurch jährlich um 53 Mio. Euro mehr. In der zweiten Periode des FAG ab 2011 wird dieser Betrag dann verdoppelt. Diese Mittel unterliegen in der Folge der Dynamik der Ertragsanteile.

Gemeinden	Bgl.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien
2008, in Mio. Euro	+1,4	+3,3	+8,6	+8,4	+3,6	+6,7	+4,4	+2,5	+14,1

*Überblick über die länderweisen Auswirkungen auf die Gemeinden.*

## 2. Anwendung der Bevölkerungsstatistik ab dem Jahr 2009

Mit dem von den Finanzausgleichspartnern am 10. Oktober 2007 unterfertigten FAG-Paktum für die Jahre 2008 bis 2013 (gegliedert in zwei Etappen) wurde die Umstellung von der Volkszahl auf die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria mit folgendem Wortlaut vereinbart:

*„In der ersten Etappe bis einschließlich 2010 wird die Bevölkerungsstatistik laut Stichtag 31. Oktober 2008 angewendet. In der zweiten Etappe 2010 bis 2013 wird die Bevölkerungsstatistik jährlich auf Basis des jeweils vorletzten Jahres angewendet. Voraussetzung ist, dass die Statistik Austria die Ansicht vertritt, dass sie valide Daten zur Verfügung stellen kann.“*

Die Forderung der Länder und Gemeinden nach validen Daten war von der Sorge getragen, dass es bei der erstmaligen Umstellung auf ein elektronisches Registerzählsystem nicht zu signifikanten Verzerrungen durch sogenannte „Karteileichen“ oder durch nicht zuordnbare Hauptwohnsitze kommen darf.

Grundlage für die per 31. Oktober 2008 vorläufig festgestellte Bevölkerungszahl durch die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria war die Probezählung zum Stichtag 31. Oktober 2006 auf Basis der Daten des zentralen Melderegisters

(ZMR), die mit dem FAG 2008 de facto zu einer „Echtzählung“ wurde. Die jetzt vorliegenden Bevölkerungszahlen einer Gemeinde per 31. Oktober 2008 leiten sich demnach aus dieser „Echtzählung“ ab, wobei die von der Statistik Austria vorgenommene tiefgreifende Wohnsitzanalyse die von den Finanzausgleichspartnern geforderten validen Daten geliefert haben.

Es ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass es sich um vorläufige Werte handelt, die vielfach nicht mit den ZMR-Daten der Gemeinden zum Stichtag 31. Oktober übereinstimmen. Die Ermittlung der endgültigen Volkszahl erfolgt im Laufe des Jahres 2009.

### Zeitlicher Ablauf der Anwendung der Bevölkerungsstatistik

Die künftige zeitliche Anwendung der Bevölkerungsstatistik, welche als Grundlage für die Berechnung der Ländertöpfe sowie der abgestuften Ertragsanteile ab dem Jahr 2009 gilt, stellt sich überblicksartig wie folgt dar:

- 2009  
Anwendung der vorläufigen Volkszahl mit Stichtag 31. Oktober 2008.  
Anmerkung: Das endgültige Ergebnis der Volkszahl für das Jahr 2009 wird im Laufe des Jahres 2009 mittels einer sogenannten „Mini“-Registerzählung (Zusammenfassung der Register,

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

Feststellung der Zahl der Klärungsfälle, u.a. auch jener der sogenannten „180-Tage“-Regelung) festgestellt. Die Rückaufrollung der sich daraus ergebenden Verschiebungen von Gemeindeertragsanteilen zum 1. Jänner 2009 erfolgt durch das BMF, dürfte aber nur zu marginalen Änderungen führen.

- 2010  
Anwendung der endgültigen Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2008.
- ab 2011  
Anwendung der Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Oktober des jeweils vorletzten Jahres; z. B. für

das Jahr 2011 gilt die Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Oktober 2009.

### 3. Bevölkerungsentwicklung länderweise

Die Anwendung der Bevölkerungszahlen der Statistik Austria in diesen neuen jährlichen Intervallen wird sich bei den Zu- bzw. Abwanderungsgemeinden auf die abgestuften Ertragsanteile entsprechend rascher auswirken. Die länderweise Bevölkerungsentwicklung ausgehend von der Volkszählung 2001 (VZ 2001) bis zum vorläufigen Ergebnis 31. Oktober 2008 zeigt folgendes Bild:

Bundesland	VZ 2001	EW Okt. 2008	+ %
Burgenland	277.569	282.779	1,9
Niederösterreich	1.545.804	1.603.838	3,8
Oberösterreich	1.376.797	1.409.561	2,4
Kärnten	559.404	560.100	0,1
Steiermark	1.183.303	1.206.222	1,9
Salzburg	515.327	527.486	2,4
Tirol	673.504	701.413	4,2
Vorarlberg	351.095	366.854	4,5
Wien	1.550.123	1.674.118	8,0
<b>SUMME</b>	<b>8.032.926</b>	<b>8.332.371</b>	<b>3,7</b>

#### **4. Erstmalige Auswirkung der Registerzählung bei den Ertragsanteilvorschüssen für den Jänner 2009**

Mit dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben für den November 2008 stehen die Ergebnisse der Ertragsanteilvorschüsse durch den im FAG 2008 geregelten Überweisungsrythmus für den Jänner 2009 fest. Bei der Berechnung der Ertragsanteilvorschüsse wurden erstmals die Daten der Registerzählung (vorläufiges Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober 2008) angewandt.

<b>Bundesland, in Mio €</b>	<b>Jänner 2008</b>	<b>Jänner 2009</b>	<b>+/- %</b>
Burgenland	21.174.550	21.175.453	0,0
Kärnten	51.604.168	52.356.932	1,5
Niederösterreich	131.195.948	135.797.216	3,5
Oberösterreich	127.128.912	131.220.764	3,2
Salzburg	54.354.806	56.920.097	4,7
Steiermark	102.872.000	103.876.578	1,0
Tirol	67.742.958	70.440.418	4,0
Vorarlberg	35.709.393	38.233.783	7,1
Wien	198.224.394	211.595.273	6,7
<b>Summe</b>	<b>790.007.129</b>	<b>821.616.514</b>	<b>4,0</b>

*Ertragsanteilvorschüsse an die österreichischen Gemeinden im Vergleich der Kalendermonate Jänner 2008 und Jänner 2009*

#### Politische Vereinbarung

Die Finanzausgleichspartner haben sich mit dem Paktum zum FAG 2008 geeinigt, die sogenannte Selbstträgerschaft ab Juni 2008 kostenneutral abzuschaffen und die generelle Dienstgeberbeitragspflicht für die Gebietskörperschaften, somit auch für

die Gemeinden und die gemeinnützigen Krankenanstalten einzuführen.

### Was bedeutet Selbstträgerschaft?

Bund, Länder und Gemeinden, letztere mit mehr als 2.000 Einwohner (lt. Ergebnis Volkszählung 2001), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds sowie die gemeinnützigen Krankenanstalten waren vom Dienstgeberbeitrag (DB) befreit und hatten den Aufwand für die Familienbeihilfe (inkl. Mehrkinderzuschlag) selbst zu tragen. Diese Selbstträgerschaft wurde mit Ende Mai 2008 abgeschafft.

### Beitragsgrundlage des DB

Beitragsgrundlage bilden alle Arbeitslöhne gemäß § 25 Abs. 1 Z. 1 lit a) des Einkommensteuergesetzes, die an Dienstnehmer gewährt werden.

### *Ausnahmen von der Beitragsgrundlage*

- Ruhe und Versorgungsbezüge
- Abfertigungen und Abfindungen (§ 67 Abs. 3 und 6 EStG)
- steuerfreie Bezüge nach § 3 EStG
- Arbeitslöhne von
  - Behinderten nach dem Behinderteneinstellungsgesetz und
  - Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben

### *Höhe und Abfuhr des Dienstgeberbeitrages*

Der DB beträgt 4,5 % der Beitragsgrundlage.

Der DB ist für jeden Monat bis spätestens zum 15. Tag des nachfolgenden Monats an das Finanzamt (zuständiges Finanzamt für die Lohnsteuer) zu entrichten. Die Fälligkeit des Dienstgeberbeitrages richtet sich nach dem Auszahlungszeitpunkt der Arbeitslöhne.

### Kostentragung des Mehraufwandes durch den Bund

Das Paktum zum FAG 2008 sieht eine kostenneutrale Abschaffung der Selbstträgerschaft vor. Die dazu erforderlichen Daten wurden vom BMF auf Basis der Gemeinderechnungsabschlüsse 2007 im Wege der Gemeindeaufsichtsbehörden erhoben.

### Abgeltung des Mehraufwandes

Eine Arbeitsgruppe hat den Mehraufwand nach Größenklassen der einzelnen Bundesländer ermittelt und für das Rumpfbjahr 2008 für die Gemeinden mit über 2.000 Einwohnern folgende Ausgleichsbeträge je Einwohner ermittelt.

### *Ausgleichszahlungen*

Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern haben im Jahr 2008 folgende Beträge je Einwohner erhalten:

Einwohner									
von	bis	Bgl.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.
2.001	5.000	2,36	2,63	2,59	3,00	2,23	2,43	2,79	3,68
5.001	10.000	4,70	2,63	3,44	3,15	2,41	3,53	3,07	3,68
10.001	20.000	4,94	2,87	4,07	4,27	2,68	4,40	3,45	4,38
20.001	50.000	-	4,13	4,00	3,80	-	3,79	-	6,17
50.001	60.000	-	7,00	-	5,02	-	-	-	-
60.001	und mehr	-	4,63	-	5,71	8,55	5,28	5,70	-

#### Auszahlungsmodus, Gesamtauszahlungsbeträge

Die Verordnung des BM enthält vorläufige Beträge, um weitere Plausibilitätskontrollen und allfällige Korrekturen zu ermöglichen. Die Ausgleichszahlungen selbst sind formal Ertragsanteile, die bei den Überweisungen (wie auch der Getränkeabgabenausgleich und der Werbeabgabeanteil) gesondert ausgewiesen werden. Die Ausgleichszahlungen werden halbjährlich den Gemeinden angewiesen, die erste Zahlung erfolgte gegen Ende des Jahres 2008 mit folgenden Beträgen.

Burgenland	392.000
Kärnten	1.758.000
Niederösterreich	3.634.000
Oberösterreich	4.116.000
Salzburg	2.436.000
Steiermark	3.075.000
Tirol	1.859.000
Vorarlberg	1.772.000
<b>Summe</b>	<b>19.042.000</b>

#### Neue einheitliche Abgabenordnung

Mit dem FAG 2008 haben die Finanzausgleichspartner vereinbart, die Abgabenverfahren des Bundes (BAO) und der Bundesländer (LAOs) zu harmonisieren. Mit dieser einheitlichen Abgabenordnung wird ein wesentlicher Teil der von den Finanzausgleichspartnern paktierten Verwaltungsreform umgesetzt. Zielsetzung ist die Vereinheitlichung und damit Vereinfachung des Abgabenverfahrensrechtes. Ein Arbeitskreis hat den Entwurf für eine vereinheitlichte Abgabenordnung ausgearbeitet, der bereits von der neuen Bundesregierung beschlossen wurde. Inkrafttreten soll die einheitliche Abgabenordnung mit 1. Jänner 2010. Die neue einheitliche Abgabenordnung soll für alle Rechtsunterworfenen zu einer Vereinfachung führen. So sollen unter anderem

*Tablelle links: Abgeltung Mehraufwand Juni bis Dezember 2008*

viele Fristen (etwa Berufungs- oder Verjährungsfristen) vereinheitlicht werden.

### *Landesgesetzliche Maßnahmen*

Dem Landesgesetzgeber weiterhin vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen in Materiegesetzen der Länder. Solche Bestimmungen können den Abgabensanspruch, spezielle Aufzeichnungspflichten, Haftungsfragen etc. umfassen. Neben der harmonisierten Bundesabgabenordnung sind zusätzlich noch landesgesetzliche Bestimmungen notwendig, wie z. B. die Regelung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeiten für Landes- und Gemeindeabgaben, das Organisationsrecht für die Abgabenbehörde 2. Instanz, Strafbestimmungen und Anpassungen, wenn die LAO in einem Landesgesetz zitiert wird.

- **Übergangsregelungen**  
Die neue Bundesabgabenordnung soll mit 1. Jänner 2010 in Kraft treten. Eine der Übergangsbestimmungen sieht vor, dass die folgenden Landesabgabenordnungen für offene Verfahren vor dem Stichtag 1. 1. 2010 weiterhin anzuwenden sind. Dies ist beispielsweise für allfällige noch offene Getränkesteuerückzahlungsverfahren bedeutsam.
- **Getränkeabgabe: Vergleichsregelungen mit dem Handel**

Nach vielen Jahren rechtlicher Auseinandersetzung haben der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund mit der WKÖ – „Der Lebensmittelhandel“ in Sachen Rückzahlung der Getränkesteuer eine für alle tragbare Einigung gefunden, die am 30.4.2008 bzw. am 6.5.2008 mit einer Vereinbarung von allen Partnern unterschrieben wurde.

### *Die Eckpunkte der Vereinbarung:*

#### *1. Empfehlung*

Die Vertreter der Gemeinden und des Handels haben vereinbart, dass sie sich verpflichten, ihren Mitgliedern gegenüber die dringende Empfehlung abzugeben, die geschlossene Vereinbarung anzunehmen. Mit einem Rundschreiben der beiden Gemeindeinteressenvertretungen wurden den Gemeinden die Eckpunkte der Vereinbarung bekannt gegeben. Dieses enthielt den Rückzahlungsprozentsatz von 15 % der gemeinschaftsrechtswidrig erhobenen Abgabe auf alkoholische Getränke. Das gesamte Volumen der Rückzahlung wurde vom Handel mit 30 Mio. Euro beziffert. Das Zeitschema für die Abwicklung hat für die Beteiligten gewisse Fristen vorgesehen, jedenfalls wird für am Verfahren beteiligte Handelsbetriebe die Auszahlung der Getränkeabgabe auf alkoholische Getränke für den Rechtsbehelfszeitraum bis Ende April 2009 erfolgen.

Die bescheidmäßige Erledigung durch die Gemeinden ist bis 31.3.2009 vorzunehmen.

## 2. Bundesbeteiligung

Der Bund hat sich nach intensiven Gesprächen bereit erklärt vom Mehraufkommen aus der Körperschaftsteuer (25 % von 30 Mio. Euro) einen einmaligen Vorwegabzug in Höhe von 7,5 Mio. Euro einzubringen und zwar in Form von Bedarfszuweisungsmitteln, die als Ertragsanteile den betroffenen Gemeinden angewiesen werden sollen. Nach Einlangen der Getränkeabgabeforderungen des Handels Anfang Dezember 2008 (die Meldungen der Gemeinden langten bei den Gemeindeaufsichtsbehörden ein, die ihrerseits die offenen Getränkeabgabeverbindlichkeiten in einer Summe dem BMF gemeldet haben) ergeben sich länderweise folgende Rückzahlungsbeträge. Der gesamte Rückstand an Getränkeabgabe erhöhte sich somit von 30 Mio. Euro auf rund 45,8 Mio. Euro.

	in €	%
Bgl.	765.513,22	1,673
Ktn.	3.791.876,71	8,286
NÖ	8.657.082,53	18,919
OÖ	7.413.104,66	16,200
Sbg.	4.384.928,58	9,583

	in €	%
Stmk.	6.362.090,80	13,903
Tirol	3.950.309,00	8,633
Vbg.	1.739.747,95	3,802
Wien	8.694.968,77	19,001
<b>Summe</b>	<b>45.759.622,22</b>	<b>100,00</b>

Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund werden in politischen Verhandlungen eine Aufstockung der Bundesbeteiligung in Höhe von 25 % der Getränkeabgabeverbindlichkeiten fordern.

## II/b Gemeindefinanzen 2008

### 1. Gemeinschaftliche Bundesabgaben und Abgabenerfolg 2008

Im europäischen Wirtschaftsraum fiel im Jahr 2008 das Wirtschaftswachstum mit rund +1 % äußerst verhalten aus. Die österreichische Wirtschaft entwickelt sich mit einem Zuwachs von 2 % noch relativ erfreulich, verlor aber im Verlauf des Jahres 2008 ebenfalls klar an Dynamik. Wachstumsmotor war wiederum die starke Auslandsnachfrage, insbesondere die Nachfrage der zentral- und osteuropäischen Staaten.

Die globale Konjunktorentwicklung und die pessimistischen Erwartungen lassen trotz Konjunkturpaketen auch in Ös-

terreich einen leichten Wachstumsrückgang für das Jahr 2009 erwarten.

Trotz der Konjunkturabschwächung ist im Jahr 2008 noch eine kräftige Zunahme der Beschäftigung festzustellen, was sich im Zuwachs von 8,4 % bei der Lohnsteuer zeigt. Bei den Gewinnen, insbesondere bei jenen der Kapitalgesellschaften, ist hingegen eine Abschwächung erkennbar, was sich im leichten Anstieg von rund 4,5 % des Körperschaftsteueraufkommens (im Jahr 2007 gegenüber 2006 +18,8%) ausdrückt. Der private Konsum ist gegenüber dem Jahr 2007 leicht angestiegen, was eine Steigerung der Umsatzsteuer von 4,9 % bewirkt hat.

Der Abgabenertrag an gemeinschaftlichen Bundesabgaben ist im Finanzjahr 2008 um 6,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies liegt etwas unter der Dynamik der Ertragsanteilvorschüsse für die österreichischen Gemeinden. Zu berücksichtigen ist aber dabei, dass

die Steigerung der Ertragsanteilvorschüsse von 7,9 % auch durch die Halbierung des Konsolidierungsbeitrages und durch Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile beeinflusst war.

Erfreuliche Zuwachsraten zeigt der Getränkeabgabeausgleich im Jahr 2008 mit einem Plus von 5,7 %.

So positiv sich die Einnahmentwicklung für die Haushalte der österreichischen Gemeinden im Jahr 2008 auswirkt, soll nicht übersehen werden, dass die Entwicklung wesentlicher Ausgaben (Sozialhilfe, Gesundheit, Energie, Zinsen) weiterhin zum Teil über den Zuwachsraten der Einnahmen liegen.

In Anbetracht schrumpfender Konjunkturaussichten für das Jahr 2009 werden die Gemeindeertragsanteile nach Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen mit rund 2,5 % rückläufig sein.



Abgabenart	2007	2008	+/- %	Gemeindeanteil FAG 2008 in % <sup>1)</sup>
Einkommensteuer	2.628,76	2.741,78	4,3	11,711
Lohnsteuer	19.663,58	21.308,44	8,4	11,711
KESt I	1.293,63	1.572,89	21,6	11,711
KESt II	1.878,98	2.176,43	15,8	11,711
Körperschaftsteuer	5.741,45	5.998,47	4,5	11,711
Erbsch.- u. Schenk.St.	155,17	142,67	-8,0	11,711
Bodenwertabgabe	5,26	5,64	7,2	96,000 <sup>2)</sup>
Umsatzsteuer	20.831,60	21.853,08	4,9	11,711
Tabaksteuer	1.446,16	1.424,49	-1,5	11,711
Biersteuer	199,90	189,58	-5,2	11,711
Mineralölsteuer	3.688,83	3.893,94	5,6	11,711
Alkoholsteuer	121,73	123,98	1,9	11,711
Kapitalverkehrssteuern	147,07	88,94	-39,5	11,711
Werbeabgabe	108,48	114,02	5,1	86,917 <sup>2)</sup>
Energieabgabe	764,36	709,09	-7,2	11,711
Normverbrauchsabgabe	456,20	471,89	3,4	11,711
Grunderwerbsteuer	643,71	651,63	1,2	96,000 <sup>2)</sup>
Versicherungssteuer	993,21	1.021,79	2,9	11,711
Motorbez. Vers.St.	1.410,05	1.474,79	4,6	11,711
KFZ-Steuer	129,57	77,17	-40,4	11,711
Konzessionsabgabe	201,90	215,18	6,6	11,711
Kunstförderungsbeitrag	16,37	16,63	1,6	11,711
<b>Summe</b>	<b>62.527,38</b>	<b>66.272,52</b>	<b>6,0</b>	<b>-</b>

Gemeinschaftliche Bundesabgaben – Abgabenerfolg 2007 und 2008. Angaben in Mio. Euro.

<sup>1)</sup> Seit 1.1.2008 beträgt der einheitliche Anteilsschlüssel der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 11,711 %.

<sup>2)</sup> Unveränderter Verteilungsschlüssel bei diesen Abgaben.

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

### Erläuterungen zum Abgabenerfolg 2008

#### *Einkommensteuer*

*Aufkommen: 2.741,78 Mio. €*

*Zuwachs 4,3 %*

Der Ertrag an Einkommensteuer entspricht in etwa den Budgeterwartungen.

#### *Lohnsteuer*

*Aufkommen: 21.308,44 Mio. €*

*Zuwachs 8,4 %*

Das Lohnsteueraufkommen hat sich durch die noch anhaltende gute Beschäftigung sehr positiv mit einem Zuwachs von 8,4 % niedergeschlagen.

*KESt I: Aufkommen: 1.572,89 Mio. €*

*Zuwachs 21,6 %*

Der starke Zuwachs dieser Abgabe liegt über dem Bundesvoranschlag und ist im wesentlichen durch in dieser Höhe nicht erwartete Ausschüttungen bei den Kapitalgesellschaften begründet.

*KESt II: Aufkommen: 2.176,43 Mio. €*

*Zuwachs 15,8 %*

Auch das Aufkommen der KESt II liegt deutlich über dem Bundesvoranschlag. Die Ursache liegt im Zinsanstieg.

#### *Körperschaftsteuer*

*Aufkommen: 5.998,47 Mio. €*

*Zuwachs 4,5 %*

Der Zuwachs an Körperschaftsteuer ist zwar gegenüber den Vorjahren leicht rückläufig, das Budgetziel konnte aber gehalten werden.

Die mit der 2. Etappe der Steuerreform 2005 beschlossene Steuersatzsenkung von 34 % auf 25 % hat nicht zu den vermuteten Aufkommensrückgängen geführt.

#### *Umsatzsteuer*

*Aufkommen: 21.853,08 Mio. €*

*Zuwachs 4,9 %*

Trotz schwacher Entwicklung der verfügbaren Einkommen konnte die Umsatzsteuer doch mit 4,9 % erfreulich zulegen.

<b>Mengensteuern</b>	<b>Aufkommen in Mio €</b>	<b>+/- %</b>
Tabak	1.424,49	-1,5
Bier	189,58	-5,2
Mineralöl	3.893,94	5,6
Alkohol	123,98	1,9
Energieabgabe	709,09	-7,2

#### *Werbeabgabe*

*Aufkommen: 114,02 Mio. €*

*Zuwachs 5,1 %*

Der Aufkommenszuwachs ist als zufriedenstellend zu bezeichnen.

#### *Grunderwerbsteuer*

*Aufkommen: 651,63 Mio. €*

*Zuwachs 1,2 %*

Beim Aufkommen der Grunderwerbsteuer macht sich Krise am Immobilienmarkt bereits leicht bemerkbar, was zu dem schwachen Zuwachs geführt hat.



## 2. Ertragsanteile in den Jahren 2007 und 2008

In 1.000 Euro	2007	2008	+/- %
Burgenland	190.019	206.674	7,1
Kärnten	462.618	515.849	8,8
Niederösterreich	1.180.255	1.300.532	7,9
Oberösterreich	1.133.252	1.253.027	8,2
Salzburg	497.739	554.266.	9,1
Steiermark	927.767	1.014.856	7,1
Tirol	614.189	678.332	8,5
Vorarlberg	330.646	361.342	6,7
Wien	1.850.526	1.995.161	7,5
<b>Summe</b>	<b>7.187.011</b>	<b>7.880.039</b>	<b>7,9</b>

Die Ertragsanteile der Gemeinden in den Jahren 2007/2008(kassenmäßig) enthalten die Zwischenabrechnung, den Getränkeabgabeausgleich sowie den Anteil an der Werbeabgabe der jeweiligen Vorjahre. Nicht enthalten sind die Spielbankenabgabe und der Ersatz für die Abschaffung der Selbstträgerschaft.

## 3. Getränkesteuerausgleich 2007 und 2008

in 1.000 Euro	2007	2008
Burgenland	8.988	9.466
Kärnten	30.485	32.106
Niederösterreich	54.486	57.384
Oberösterreich	52.340	55.124
Salzburg	33.822	35.621
Steiermark	46.954	49.452
Tirol	52.071	54.841
Vorarlberg	17.263	18.181
Wien	62.405	65.726
<b>Summe</b>	<b>358.814</b>	<b>377.901</b>

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

Im Getränkesteuerausgleich (kassenmäßig) sind auch die Zwischenabrechnungen der jeweiligen Vorjahre enthalten.

Der Getränkesteuerausgleich hängt von der Dynamik des Umsatzsteueraufkommens ab. Die erfreuliche Steigerung des Getränkesteuerausgleiches im Vergleich zum Vorjahr mit 5,7 % ist einerseits durch die recht gute Entwicklung der Umsatzsteuer, andererseits auch auf das Überweisungssystem des Finanzausgleiches zurück zu führen.

### 4. Anteil der Gemeinden an der Werbeabgabe 2007 und 2008

in 1.000 Euro	nach VZ 2007 <sup>4)</sup>	nach Aufkom- men 2008 <sup>4)</sup>	Summe 2008	Summe 2007
Burgenland	1.366	70	1.436	1.374
Kärnten	2.753	604	3.357	3.211
Niederösterreich	7.609	8.583	16.192	15.486
Oberösterreich	6.776	4.299	11.075	10.592
Salzburg	2.537	2.928	5.465	5.228
Steiermark	5.825	1.471	7.296	6.977
Tirol	3.316	639	3.955	3.782
Vorarlberg	1.728	473	2.201	2.105
Wien	7.631	40.245	47.876	45.788
<b>Summe</b>	<b>39.541</b>	<b>59.312</b>	<b>98.853</b>	<b>94.543</b>

<sup>4)</sup> In den Anteilen der Gemeinden an der Werbeabgabe (kassenmäßig) ist auch die Zwischenabrechnungen der jeweiligen Vorjahre enthalten.

### 5. Finanzzuweisung gemäß § 21 FAG 2005

(Gemeindekopquotenausgleich) für die Jahre 2007 und 2008

Zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden gewährt der Bund aus eigenen Mitteln jenen Gemeinden, deren Finanzkraft zu mehr als 10 % unter der Bundesdurchschnittskopf-

quote (innerhalb der jeweiligen Gemeindegrößenklasse) der Finanzkraft aller Gemeinden (außer Wien) liegt, Finanzausweisungen.

Die Höhe der auf die Gemeinden entfallenden Finanzausweisungen ist länderspezifisch der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

<b>in 1000 Euro</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>+/- %</b>
Burgenland	4.600	4.760	3,5
Kärnten	6.733	7.004	4,0
Niederösterreich	18.607	19.357	4,0
Oberösterreich	16.571	17.238	4,0
Salzburg	6.205	6.455	4,0
Steiermark	14.243	14.817	4,0
Tirol	8.107	8.434	4,0
Vorarlberg	4.226	4.396	4,0
Wien	18.661	19.413	4,0
<b>Summe</b>	<b>97.953</b>	<b>101.874</b>	<b>4,0</b>

## **6. Beihilfen- und Ausgleichszahlungen 2007/2008**

Beihilfenzahlungen gemäß GSBG (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfen-gesetz) wurden im Jahr 2008 an folgende Einrichtungen vom Bund angewiesen:

- Träger der Sozialversicherung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- Krankenfürsorgeeinrichtungen
- Träger des öffentlichen Fürsorgewesens
- Kranken- und Kuranstalten
- Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern
- Krankentransporte (Rettungswesen)

An Beihilfen gelangten im Jahr 2008 für alle genannten Einrichtungen rund 921,7 Mio. € zur Auszahlung. Gegenüber dem Jahr 2007 erhöhten sich die Beihilfenzahlungen um rund 97,1 Mio. € oder um 11,8 %.

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

Die Höhe der Beihilfenzahlungen, soweit sich diese auf die Krankenfürsorgeeinrichtungen, die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens, die Kranken- und Kuranstalten, die Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern beziehen, sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

I. Länderweise	in Euro		+/-%
	2007	2008	
Burgenland	16.421.577	16.949.548	3,2
Kärnten	58.628.218	66.550.640	3,5
Niederösterreich	119.623.795	142.498.097	19,1
Oberösterreich	156.217.602	172.579.627	10,5
Salzburg	51.431.893	51.691.888	0,5
Steiermark	101.568.022	106.682.884	5,0
Tirol	62.697.376	66.676.958	6,4
Vorarlberg	34.498.578	35.255.393	2,2
Wien	223.461.786	262.792.873	17,6
<b>Summe</b>	<b>824.548.847</b>	<b>921.677.908</b>	<b>11,8</b>

II. Nach Beihilfenart	in Euro	
	2007	2008
Krankenfürsorgeeinrichtungen	20.641.757	22.116.690
Träger der öffentlichen Fürsorge	244.861.734	280.255.434
Kranken- und Kuranstalten, einschließlich Krankentransporte	559.045.356	619.305.784
<b>Summe</b>	<b>824.548.847</b>	<b>921.677.908</b>

## II/c Legistik

Die Einbeziehung in die Begutachtungsverfahren bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes nimmt einen bedeutenden Umfang der Tätigkeit des Österreichischen Gemeindebundes ein.

Im Jahr 2008 ist die Gesamtzahl der übermittelten Gesetzesentwürfe im Vergleich zum Jahr 2007 leicht angestiegen, da der Regierungsapparat nach den Wahlen 2006 offenbar wieder in Schwung gekommen ist. Insgesamt wurden 279 Entwürfe (Konsultationsmechanismus und klassische Ministerialentwürfe) begutachtet. Weiterhin in großen Mengen sind dabei die Übermittlungen aufgrund der Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus sowie selbständige Anträge des Nationalrates eingelangt.

Nach Angaben des Bundeskanzleramtes betrug im Jahr 2008 die Anzahl der übermittelten Ministerialentwürfe, die im Sinne der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus übermittelt wurden, 75 Stück. Zudem wurden 102 Entwürfe als Regierungsvorlagen zur Begutachtung binnen Wochenfrist vorgelegt. Die Rechte nach dem Konsultationsmechanismus wurden seitens des Österreichischen Gemeindebundes allerdings sparsam und verantwortungsvoll gehandhabt, der Gemeindebund hat lediglich

einmal vorsorglich Gespräche im Sinne des Konsultationsmechanismus verlangt. Dies betraf die potenzielle Auflösung der Sprengelstrukturen durch das Pflichtschulhalterungs-Grundsatzgesetz.

Abgesehen von den relativ kurzfristig zu begutachtenden Unterlagen nach dem Konsultationsmechanismus wurden auch die klassischen Ministerialentwürfe zur Begutachtung übermittelt. Folgende Zeitreihe berücksichtigt nur diese Entwürfe, die nach dem offiziellen Begutachtungsverfahren übermittelt wurden, dh. ohne die Entwürfe im Rahmen des Konsultationsmechanismus, seitens des Parlaments oder informell (siehe oben).

### Begutachtete Gesetze und Verordnungen

Jahr	Anzahl
1997	195
1998	254
1999	261
2000	357
2001	327
2002	351
2003	356
2004	326
2005	330
2006	128
2007	316
2008	279

Darüber hinaus wurden zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommission begutachtet, die der Österreichische

Gemeindebund im Rahmen seines verfassungsmäßig verankerten Informationsrechtes, aber auch über die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) und die bestehenden Kontakte zur Kommission und dem EU-Parlament erhalten hat.

Schwerpunktmäßig werden vor allem folgende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe genannt, zu denen der Österreichische Gemeindebund eingehendere Stellungnahmen abgegeben hat:

- Bundesverfassungsbereinigungsgesetz
  - 2. Ökostromgesetz-Novelle 2008
  - Datenschutzgesetz-Novelle 2008
  - Schenkungsmeldegesezt 2008
  - Abgabenänderungsgesetz 2008
  - Glücksspielgesetz-Novelle 2008
  - VO über nähere Bestimmungen zum Umgang mit Tierischen Nebenprodukten (Tiermaterialenverordnung)
  - Gesundheitstelematikverordnung
  - BG über die finanzielle Unterstützung von Personen, die durch Fliegerbombenblindgänger betroffen sind
  - Passgesetz-Novelle 2008
  - Verordnung über belastete Gebiete (Luft) nach dem UVP-G 2000
  - Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über Maßnahmen im Gebäudesektor zur Reduktion der Treibhausgase
  - Novelle der Elektroaltgeräteverordnung
  - Änderung des Bundespflegegeldgesetzes – BPGG,
- BG, mit dem das Pflichtschulhalterungs-Grundsatzgesetz geändert wird

### **II/d Forderungspapier an die neu zu bildende Bundesregierung**

---

Aufgrund der Wichtigkeit und allgemeinen Bedeutung und stellvertretend für viele andere Positionen wird in diesem Kontext auch das Forderungspapier an die neu zu bildende Bundesregierung abgedruckt.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hat am 21. September 2008 folgende vom Präsidium erarbeitete Forderungen beschlossen, die an die politischen Parteien, die Sozialpartner, an den mittlerweile neu gewählten Nationalrat und neu gebildete Bundesregierung gerichtet wurde.

#### **Grundsätzliches**

Als bürgernächste Gebietskörperschaft ist die Gemeinde für das Funktionieren demokratischer Instrumente und organisatorischer Prozesse auf allen Ebenen des Staatswesens unverzichtbar.

Der Österreichische Gemeindebund fordert daher von der künftigen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung!

Die verfassungsmäßigen Rechte der Gemeinden auf nationaler und europäischer Ebene sind daher abzusichern und entsprechend neuer Aufgaben und Herausforderungen weiter auszubauen.

- Die Stellung der Gemeinde als Zentrum des menschlichen Lebens muss gesichert werden. Das gilt im besonderen Maß für den durch verschiedene Entwicklungen, insbesondere durch demografische Tendenzen, bedrohten ländlichen Raum!
- Zur Sicherung der Chancengleichheit im ländlichen Raum hat die Politik für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für eine optimale Infrastruktur zu sorgen, sowie Anreize für Wirtschaftsstandorte zu setzen. Erforderlich ist ein Masterplan für den ländlichen Raum!
- Weiters verlangt der Österreichische Gemeindebund eine Eindämmung der Gesetzesflut und eine verständliche Formulierung von Gesetzen und Verordnungen.

### ***Im einzelnen werden folgende Forderungen erhoben***

#### Bundesverfassung/Gemeindeverfassungsnovelle

Der angestrebte „Große Wurf“ einer Bundesstaatsreform scheint nicht zu gelingen, deshalb fordert der Österrei-

chische Gemeindebund eine „kleine Gemeindeverfassungsnovelle“. Basis sind jene Punkte, über die im Österreichkonvent Einigung erzielt wurde.

- *Einräumung einer Bestandsgarantie für die Gemeinden, Entfall der Gebietsgemeinden*  
Änderungen im Bestand der Gemeinden dürfen nicht ohne Zustimmung der betroffenen Kommunen erfolgen. Ebenso bedeutend ist der Entfall des Begriffes „Gebietsgemeinden“ in Art 120 des Bundes-Verfassungsgesetzes, damit Ortsgemeinden nicht zwangsweise zu Gebietsgemeinden zusammengeschlossen werden können.
- *Gemeindeverbände, Gemeindekooperationen auf freiwilliger Basis: interkommunale Zusammenarbeit*  
Landes- und Bezirksgrenzen dürfen kein Hindernis für interkommunale Zusammenarbeit darstellen. Ebenso sollen Verbände bzw. Gemeindekooperationen nicht auf eine „einzelne Aufgabe“ beschränkt sein. Kooperationen müssen so einfach wie möglich zustande kommen können.
- *Ortspolizeiliches Ordnungsrecht*  
Bei ortspolizeilichen Verordnungen soll sichergestellt werden, dass die Vollziehung durch die aktive Mitwirkung von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes gewährleistet ist.

- *Verankerung der kommunalen Daseinsvorsorge*  
Bei der Erbringung von Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge (Siedlungswasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Pflegebereich etc.) nehmen die Gemeinden, eine zentrale Rolle ein, die kommunale Daseinsvorsorge als Gemeindeaufgabe ist daher in der Bundesverfassung zu verankern.
- *Aufsichts-, Prüfungs- und Kontrollrechte*  
Die Gemeindeaufsicht ist in der jetzigen Form als Vorstellungs- und Aufsichtsbehörde nicht nur eine bewährte Ansprech- und Beratungsstelle für die Gemeinde, sondern auch ein essentielles Merkmal der Selbstverwaltung. Dieses funktionierende System (Absicherung des Status Quo unter Erhaltung der Vorstellung als ao. RM) darf nicht zugunsten einer auf unterschiedliche Organe (Landesorgane: Landesverwaltungsgerichte, Landesrechnungshof, Landesregierung, Bundesorgane: Bundesrechnungshof mit Ausnahme der Gemeinden über 20.000 Einwohner) verteilten, überbordenden Kontrolle geopfert werden. Vielmehr wird im Zuge einer Staats- und Verwaltungsreform gefordert, die entsprechenden Aufsichts-, Prüfungs- und Kontrollrechte gegenüber den Gemeinden auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und das funktionierende System eines

außerordentlichen Rechtszuges an die Aufsichtsbehörde (Vorstellung) beizubehalten und abzusichern. Ein reformatorisches Entscheidungsrecht von Verwaltungsgerichten wird strikt abgelehnt.

In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung hingewiesen, dass weiterhin jede in den Rechtsbestand des letztinstanzlichen Gemeindebescheides eingreifende Entscheidung eines Verwaltungsgerichtes bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts angefochten werden kann.

- *Erweiterung der Rechte der Interessensvertretungen der Gemeinden*  
Die kommunalen Interessenvertretungen sollen verstärkt in die parlamentarischen und sonstigen Verhandlungen in allen Angelegenheiten, die die Gemeinden betreffen, eingebunden werden.  
Die gesetzgebenden Organe (Bund, Länder) sollten verpflichtet werden, Gemeindeinteressenvertretungen über alle Gesetzesvorhaben, soweit die Gemeindeinteressen betroffen sind, laufend zu informieren.

### Europäische Union

Im von Österreich bereits ratifizierten Vertrag von Lissabon ist die Selbstverwaltung der Gemeinden und Regionen wie auch das Prinzip der Subsidiarität

diarität verankert. Darüber hinaus wurde dem Ausschuss der Gemeinden und Regionen (AdR) ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof zugestanden. Der Gemeindebund fordert für den Fall, dass der Vertrag nicht in Kraft tritt eine Umsetzung dieser Punkte:

- Der Vertrag bestätigt die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für Daseinsvorsorge. In Österreich betrifft dies in vielfacher Hinsicht die Gemeinden. Die innerstaatliche Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge ist daher unabdinglich.
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen fachgerecht und objektiv über den Vertrag von Lissabon und über die Vorgänge innerhalb der EU informiert werden. Die EU muss vor die Haustüre getragen werden und darf nicht in weite Ferne rücken. Dazu gehört insbesondere, dass Verordnungen und Richtlinien auf der europäischen Ebene für die Gemeinden und die Bürger verständlich und schlüssig formuliert werden.

### Verwaltungsreform

Die Gemeinden stehen grundsätzlich Reformschritten der öffentlichen Verwaltung positiv gegenüber und sind auch bereit und in der Lage zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, wenn ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Daraus ergeben sich insbesondere folgende Forderungen:

- Gesetzesfolgenabschätzung: Der Gemeindebund fordert von der Bundesregierung eine striktere Einhaltung der Gesetzesfolgenabschätzung und der Berechnung finanzieller Auswirkungen legislativer Akte im Sinn des Konsultationsmechanismus. Der Anwendungsbereich des Konsultationsmechanismus ist auch auf alle Rechtssetzungsakte auf nationaler wie auch auf supranationaler Ebene auszudehnen.
- Interkommunale Zusammenarbeit: Der Österreichische Gemeindebund verlangt, dass Anreizsysteme für die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit durch Bundesförderungen geschaffen oder verstärkt werden.
- E-Government/Statistische Erhebungen: Die rasche Umsetzung des zentralen Personenstandsregisters, womit die Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf ihre Urkunden nach dem – One Stop Shop – Prinzip serviciert werden können. Dazu zählt auch die Meldung von Geburten direkt von den Geburtsstationen der Krankenhäuser. Die modernen Kommunikationstechnologien bieten noch zahlreiche Einsparungsmöglichkeiten.
- Den Gemeinden muss überdies die Bereitstellung von Daten (ZMR, Geodaten, Personenstandsregister, ...etc.) finanziell abgegolten werden; es ist den

Gemeinden ein kostenloser Zugang zu von ihnen erhobenen und für sie relevanten Daten zu gewähren.

- Weitere Schritte zur Vereinfachung der von den Gemeinden zu vollziehenden Wahlvorschriften (Beispiele: Auflage der Wählerverzeichnisse nur während der Amtsstunden, pauschalierter kostendeckender Wahlkostensatz, kostensparende Maßnahmen wie Wählerevidenz im Internet statt teurer Büro-Überstunden im Gemeindeamt.)
- Die Umsetzung der von einem Expertenteam bereits erarbeiteten und zur Begutachtung versandten einheitlichen Abgabenordnung für Bund, Länder und Gemeinden.

### Finanzen - Chancengleichheit für alle Regionen

#### *Finanzielle Mittel:*

Es gilt: Chancengleichheit für alle Menschen in allen Regionen muss hergestellt werden.

- Trotz der verlängerten Periode des FAG von sechs Jahren bleibt weiterhin die Forderung nach einer Unterstützung für benachteiligte strukturschwache Gemeinden im ländlichen Raum aufrecht. Dafür sind zusätzliche Bundesmittel erforderlich.
- Das paktierte Ergebnis des neuen FAG für die Gemeinden darf nicht durch legislative Maßnahmen außerhalb

der FAG-Verhandlungen und Vereinbarungen nach 15a B-VG geschmälert werden (grauer Finanzausgleich). In diesen Fällen sind vorher Verhandlungen mit den Gemeinden zu führen und das Einvernehmen ist herzustellen.

- Sowohl in der Wohnbau- wie in der Wirtschaftsförderung sind besondere Anreize für den ländlichen Raum zu schaffen.
- Eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch Senkung der mit dem Einkommen verbundenen Steuern ist prinzipiell zu befürworten, es dürfen jedoch der Ertrag und die Dynamik der gemeindeeigenen Steuern nicht geschmälert werden.
- Aufnahme der EU-Quellensteuer in den Katalog der gemeinschaftlichen Bundesabgaben zur Verteilung nach dem einheitlichen Schlüssel.
- Grundsteuer: Der Österreichische Gemeindebund fordert die verfassungsrechtliche Absicherung der Grundsteuer durch Aufnahme in den Katalog des F-VG und eine raschere Aufarbeitung der Rückstände durch den Bund.

### Infrastruktur im ländlichen Raum

- Unabdingbar ist ein verstärkter Mitteleinsatz des Bundes zur Finanzierung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs. Die Grundversorgung, basierend auf dem Status von 1999, ist

nicht mehr zeitgemäß und muss daher im Interesse der arbeitenden Bevölkerung flächendeckend überarbeitet werden.

- Keine Beteiligung der Gemeinden an der Straßenbaulast für Autobahnen und Schnellstraßen bzw. für Zu- und Abfahrten und Park & Ride Anlagen;
- Sicherstellung des flächendeckenden Ausbaus der Breitbandversorgung und eine Nutzung, möglichst zu gleichen finanziellen Bedingungen. Dies ist nicht nur eine Frage der Gleichstellung der Bewohner des ländlichen Raumes, sondern u.a. auch die Voraussetzung für eine detaillierte und hochwertige Registerführung. Dringend erforderlich ist die Erlassung von Förderrichtlinien für die von der derzeitigen Bundesregierung beschlossenen 500 Mio. Förderaktion.
- Finanzielle Unterstützung des Bundes für den weiteren Ausbau und Erhalt des ländlichen Wegenetzes und zur Verbesserung der allgemeinen Straßenstruktur, um auch hier den Ansprüchen der Wirtschaftsstandorte zu entsprechen.
- Schülerfreifahrt: Gleichstellung der Transferleistungen für Schülerfreifahrten im Gelegenheitsverkehr ohne Berücksichtigung der Anzahl der beförderten SchülerInnen. Weiters wird die Einbeziehung von Kindergartenkindern und Lehrlingen in die Schülerfreifahrt gefordert.
- Eine Erhöhung des Pendlerpauschale als Mittel gegen die Abwanderung, um den steigenden Treibstoffkosten entgegenzuwirken ist zu befürworten (gerade in Regionen, in denen der ÖPNV aus ökonomischen Gründen nicht ausbaubar ist), allerdings darf dies nicht als Ersatz für die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs dienen.

Zusammenfassend fordert der Österreichische Gemeindebund daher unter Einbindung aller staatlichen Akteure, des Bundes, der Länder und der Gemeinden die Erarbeitung eines Masterplans für den ländlichen Raum, der in den Bereichen der erforderlichen Infrastruktur wie Daseinsvorsorge und anderen Universaldiensten, Nahversorgung, Telekommunikation, Post, Sicherheit etc.

- die erforderlichen Standards festzulegen hat,
- eine Plattform eines wirkungsvollen Monitorings darstellt
- und den Gemeinden wie den anderen Akteuren im ländlichen Raum die Möglichkeit einer Vernetzung zur Ausschöpfung von Synergien gibt.

#### Wirtschaft im ländlichen Raum

- Die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum;
- Gestaltung förderlicher Rahmenbedin-

gungen für Klein- und Mittelbetriebe mit wirksamen Anreizen für Betriebsansiedlungen in ländlichen Regionen.

Personalaufwand) und die Einnahmeausfälle zu tragen.

### Schule und Kindergarten im ländlichen Raum

- Der Österreichische Gemeindebund fordert ausreichend Lehrpersonal zur Aufrechterhaltung der Schulstruktur im ländlichen Raum und eine dauerhafte Bereitstellung der Mittel für die Nachmittagsbetreuung.
- Nichtauflösung der Schulsprengel! Nur dadurch können die Schulen im ländlichen Raum erhalten und einer Abwanderung entgegen gesteuert werden. Die kommunale Struktur definiert sich auch über Schulstandorte – es darf keine Schulpendler im jüngsten Alter geben;
- Verbesserte Finanzierung der schulischen Nachmittagsbetreuung;
- Die Gemeinden sind Kindergartenerhalter und müssen für eine umfassende Kinderbetreuung mit dementsprechenden Mitteln ausgestattet werden. Hier wird auf die Forderung der Freifahrt für Kindergartenkinder hingewiesen.
- Für den Fall der Einführung eines verpflichtenden Gratis-Vorschuljahres und kostenlosen Zuganges zum Kindergarten hat der Bund jedenfalls den Ersatz für den Mehraufwand (Sachaufwand,

### Soziales und Gesundheit

Durch die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten und die signifikante Alterung der Bevölkerung stehen die Gemeinden im Gesundheits- und Sozialbereich vor immer größer werdenden Herausforderungen und rasant steigenden finanziellen Problemen. Daseinsvorsorge ist auch Zukunftsvorsorge, sei es in der Kinderbetreuung oder in der Alten- bzw. Krankenpflege. Beides muss nachhaltig gesichert werden, ohne dass die Gemeinden weiter in der Kostenschere verbleiben. Eine der Entwicklung entsprechende und für alle beteiligten tragbare Finanzierungslösung vor allem im Pflegebereich muss angestrebt werden. Diese ist im Rahmen einer Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zwischen Bund und Ländern unter Beiziehung der Gemeinden im Rahmen des Konsultationsmechanismus zu regeln.

- Gesamtlösung Pflege thematik: Alternative Finanzierungsmöglichkeiten müssen gefunden werden! Die Pflege thematik muss aus der Sozialhilfelogik herausgelöst und in das Gesundheitssystem eingegliedert werden.
- Im Falle einer stationären Aufnahme in einer Pflegeanstalt darf das Pflegegeld des Bundes nicht gekürzt werden.
- Der pflegebedürftige alte Mensch ist

kein Sozialfall, sondern ein Patient! Der Gemeindebund fordert die Zuständigkeit in das Gesundheitsressort zu überführen.

Die administrativen Wege sind hier äußerst undurchsichtig und für Bürgerinnen und Bürger nicht schlüssig.

- Bestmögliche medizinische Versorgung im ländlichen Raum!

### Gemeindemandatare

- Der Österreichische Gemeindebund verlangt leistungs- und verantwortungsgerechte Rahmenbedingungen für die Entlohnung der Gemeindemandatare sowie deren soziale Absicherung. Der dafür zuständige Ausschuss im Parlament wurde damit zwar beschäftigt, bis jetzt konnten aber noch keine Veränderungen verzeichnet werden.
- Der Gemeindebund fordert die Beseitigung von bestehenden Benachteiligungen der Bürgermeister und Gemeindemandatare, wie sie sich vor allem durch die derzeitigen Übergangsbestimmungen der Pensionsregelungen darstellen. Auch in Zukunft muss sichergestellt sein, dass die besten Persönlichkeiten bereit sind, sich für ihre Mitbürger zu engagieren und auf lokaler Ebene Verantwortung zu übernehmen.
- Die Bezüge dürfen nicht als Erwerbseinkommen nach dem Teilpensionsgesetz gewertet werden.

- Es wird die Ausdehnung der Differenzvorschreibung auch auf den Anrechnungsbetrag verlangt (Abschaffung des Ansparmodells).
- Weg vom Ehrenamt – hin zum haupt- bzw. nebenberuflichen Amt mit Mindestentschädigung und einem Anspruch auf Arbeitslosenversicherung;

### Umwelt

#### *Kommunale Siedlungswasserwirtschaft*

Die Gebühren für Wasserver- und Abwasserentsorgung sind in den ländlichen Gemeinden aufgrund der komplexeren Siedlungsstruktur nur in wenigen Fällen kostendeckend. Daher muss für diesen Bereich die Förderung in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft erhalten bzw. ausgebaut (Laufmeterpauschale für Wasserleitungen) werden.

Im speziellen sind folgende Entwicklungen zu beachten:

- Klärschlamm Entsorgung wird teurer
- Klimawandel / zunehmend trockene Gebiete (Stärkung von Verbundlösungen)
- Erhaltung und Sanierung der siedlungswasserwirtschaftlichen Anlagen

#### Maßnahmen zur Gewässerökologie (Wasserrahmenrichtlinie)

Forderung eines neuen Förderungsregimes, das im UFG zu verankern ist; es

soll eine maximale Förderintensität von bis zu 90% erzielt werden.

### Maßnahmen zum Katastrophenschutz/ Hochwasserschutz

Vermehrte Mittel des Bundes für Zwecke des Katastrophenschutzes und vorbeugenden Schutzwasserbau sind auszuschütten.

### Abfallwirtschaft

Eine zügige Umsetzung Verpackungsverordnung wird gefordert, wobei die Wirtschaft die Verantwortung für 100% der in Verkehr gesetzten Verpackungsmenge zu übernehmen hat.

### Klimaschutz

Gemeinden haben Vorbildwirkung von Gemeinden im Klima- und Umweltschutz (Multiplikatorwirkung). Bestehende Förderungsinstrumente sind Gemeinden bisher jedoch nur eingeschränkt zugänglich. Zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird daher gefordert:

- Forcierte Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung von Projekten mit Vorbildwirkung auf die Bevölkerung durch Förderungsinstrumente wie die Umweltförderung im Inland oder zB klima.aktiv mobil
- Thermische Sanierung öffentlicher Ge-

bäude; vermehrter Einsatz von Bundesgeldern bei der Förderungen für Gemeindegebäude;

- Energieeffizienzmaßnahmen: z.B. Beleuchtung im öffentlichen Raum
- Forcierung alternativer Energieformen
- Verkehrsbereich: Öffentlicher Verkehr, Flottenumstellungen, Regionale Mobilitätskonzepte, ...
- Regionale Energiekonzepte
- „Klimaschonende“ Raumplanung
- Unterstützung bei der Umsetzung umfassender kommunaler Klimaschutzkonzepte
- Beibehaltung und Forcierung effizienter und etablierter Förderungsstrukturen zur Energieeffizienz und zum Einsatz Erneuerbarer Energieträger – Aufbau von Parallelstrukturen vermeiden. Aktuell nimmt die Unübersichtlichkeit zwischen den Instrumentarien zu.

### II/e Büro Brüssel

---

Die Tätigkeiten der Brüsseler Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes waren im Berichtszeitraum stark vom Wechsel unserer Delegierten auf internationaler Ebene geprägt. Mit dem Ableben von Prof. Walter Zipmer und der Zurücklegung sämtlicher Funktionen durch Vizepräsident Bgm. Bernd Vögerle ergab sich die Notwendigkeit von Neubestellungen im Ausschuss der Regionen, dem Kongress der Gemeinden und Regionen,

dem Rat der Gemeinden und Regionen sowie im internationalen UCLG. In diesen vier Organisationen teilen sich folgende Gemeindebundvertreter als Mitglieder bzw. Stellvertreter ein interessantes Aufgabenspektrum: VBgm. Marianne Fügl (Traisen, NÖ), Bgm. Arnold Marbek (Poggersdorf, Kärnten), Bgm. Erwin Mohr (Wolfurt, Vorarlberg), Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang, OÖ).

Inhaltlich beschäftigte sich das Brüsseler Büro im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit dem Energiepaket der EU-Kommission, den daraus resultierenden (Legislativ-) Vorschlägen und dem EU-Bürgermeisterkonvent für Energie. Die Wiederbelebung des Richtlinienvorschlages zur Förderung sauberer Straßenfahrzeuge führte zu intensiven Kontakten mit dem EU-Parlament, welches den endgültigen Richtlinienentwurf in der Folge zwar nicht ablehnte, aber zumindest entschärfte. Weitere Themen waren die Abfallrahmenrichtlinie, der Vertrag von Lissabon sowie die Patientenrichtlinie.

Direkte Anfragen an das Brüsseler Büro betrafen vor allem Fördermöglichkeiten, insbesondere das Gemeindepartnerschaftsprogramm der EU-Kommission, den EU-Bürgermeisterkonvent sowie die Herstellung von Kontakten zu den Institutionen.

Überdies gab es jenseits der AdR-Vorbereitung punktuelle Kontakte mit den

Landes-Europaabteilungen mehrerer Bundesländer.

### ***Ausschuss der Regionen***

Im April 2008 nahmen drei neue Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes ihre Arbeit im AdR auf: Bgm. Erwin Mohr (Wolfurt) und VBgm. Marianne Fügl (Traisen) als Mitglieder sowie Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang/Wolfgangsee) als Stellvertreter. Bgm. Mohr vertritt den Gemeindebund im Präsidium des Ausschusses der Regionen sowie in der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (DEVE), VBgm. Fügl ist in den Ausschüssen für nachhaltige Entwicklung (DEVE) sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik (ECOS) tätig. Bgm. Peinsteiner konzentriert seine Aktivitäten auf die Fachkommission für Kohäsionspolitik und Verkehr (COTER).

In Zusammenarbeit mit dem RGRE nahm Bgm. Mohr Ende November für den RGRE am vom AdR organisierten strukturierten Dialog über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission teil. Inhaltlich konzentrierte sich Bgm. Mohr v.a. auf die EU-Klimapolitik und den Bürgermeisterkonvent für Energie.

### ***Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE***

Ende Mai 2008 fand die 15. Plenartagung des KGRE in Straßburg statt. Für

den Gemeindebund nahm Bgm. Peinsteiner als neues Mitglied teil, als Stellvertreter wurden Bgm. Mohr und VBgm. Fögl nominiert.

Bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses, die Mitte März in Malaga abgehalten wurde, vertrat Vizepräsident Bgm. a.D. Bernd Vögerle den Gemeindebund.

### ***Rat der Gemeinden und Regionen Europas, RGRE***

Der Europäische Dachverband der kommunalen Verbände hielt im Berichtszeitraum zwei Hauptausschusssitzungen ab. Anfang Mai 2008 vertrat Bgm. Arnold Marbek (Poggersdorf) den Gemeindebund in Reykjavik, den Hauptausschuss Anfang Dezember in Paris besuchten Bgm. Peinsteiner und Bgm. Marbek. An den beiden Sitzungen der Direktoren und Generalsekretäre, Mitte März in Ljubljana und Mitte September in Malmö, nahmen Generalsekretär Dr. Hink und Mag. Fraiß bzw. Mag. Fraiß in Vertretung des Generalsekretärs teil.

Für den Gemeindebund ist der RGRE ein unabkömmlicher Partner bei der Aufbereitung europäischer Gesetzesvorhaben. Kommunalrelevante EU-Gesetzgebung wird geprüft, in den Arbeitsgruppen diskutiert und schließlich werden den europäischen Institutionen Änderungsvorschläge unterbreitet. Um den RGRE poli-

tisch zu stärken, wurde in Reykjavik die Ernennung politischer Berichterstatter beschlossen. Diese sollen kommunale Anliegen gegenüber dem EU-Parlament und der EU-Kommission vorbringen, was die politische Präsenz des RGRE erhöhen und Gespräche „auf Augenhöhe“ ermöglichen wird. In Paris wurde die Wahl des neuen Generalsekretärs vorbereitet, welcher im Rahmen des Europäischen Gemeindetags in Malmö 2009 gewählt werden wird.

### ***1000 Bürgermeister nach Europa***

Im Berichtszeitraum besuchten ca. 100 Multiplikatoren aus der kommunalen Praxis die Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel. Großteils handelte es sich dabei um Bürgermeister und Gemeindemandatäre, aber auch Amtsleiter und andere Gemeindemitarbeiter zählten zu den Besuchern. Überdies wird ein vermehrtes Interesse an Reisen nach Straßburg festgestellt, wo der Gemeindebund beim Herstellen von Kontakten ins EU-Parlament, den Europarat und in den Menschenrechtsgerichtshof behilflich ist.

Namentlich besuchten eine 72-köpfige Delegation der BH Gänserndorf und eine 31-köpfige Delegation der BH Bruck/Leitha, in beiden Fällen vorwiegend Bürgermeister und andere Amtsträger, das Brüsseler Gemeindebundbüro. Überdies konnten auf Bitte der Ständigen Vertretung

auch anderen Besuchergruppen die Aufgaben des Gemeindebundes auf europäischer Ebene näher gebracht werden.

Die Bürgermeisterreisen in die EU-Hauptstädte führten im Mai 2008 nach Slowenien und im Oktober nach Paris. In Slowenien traf man mit dem Slowenischen Städte- und Gemeindebund sowie mit dem Staatssekretär für Finanzen und jenem für lokale und regionale Angelegenheiten zusammen, in Paris lag der Schwerpunkt der Interessen auf den französischen Kommunalverbänden AMF (Bürgermeisterverband) und APVF (Kleinstädteverband), es fanden jedoch auch Gespräche im Außenministerium statt. Beide Reisen wurden dem Anspruch gerecht, intensivere Kontakte zu den Schwesterverbänden aufzubauen und Einblicke in die lokalen Strukturen und Kompetenzen zu erhalten.

### ***Bilaterale Zusammenarbeit***

Im Zuge der Vorbereitungen der Bürgermeisterreise nach Paris kristallisierte sich ein starkes Interesse des französischen Kleinstädteverbandes APVF an einer Zusammenarbeit mit dem Gemeindebund v.a. bei Fragen der ländlichen Entwicklung heraus. Die APVF übernahm die Federführung beim Aufbau eines derartigen europäischen Netzwerkes, dem u.a. auch der DStGB angehört und lud Ende Oktober zu einem Netzwerktreffen nach Budapest. Dort konnten die in Paris geknüpften

Kontakte intensiviert sowie neue geknüpft werden, insbesondere das Zusammentreffen mehrerer „gleichgesinnter“ AdR-Mitglieder in informellem Rahmen wurde von den Teilnehmern als äußerst positiv beschrieben.

Dieses Netzwerk, dessen man sich nun auch informell bei der Vorbereitung von Sitzungen des AdR bedienen sollte, wird sich im April 2009, im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Europatag zwischen Gemeindebund und DStGB, im nordrhein-westfälischen Rheine wieder treffen.

### **II/f Netzwerk Bildung**

Der Österreichische Gemeindebund hat im Berichtsjahr nicht nur die stärkere soziale Absicherung der Bürgermeister verlangt. Der Bedeutung der kommunalen Funktion muss auch eine auf die Bedürfnisse ausgerichtete Ausbildung der kommunalen Verantwortungsträger entsprechen.

Um die Stärkung der kommunalen Politik und Verwaltung durch eine Vernetzung der parteiungebundenen kommunalen Bildungseinrichtungen zu stärken, startete der Gemeindebund daher ein bundesländerübergreifendes Projekt mit dem Ziel, die Aus- und Fortbildungsqualität für kommunale Mandatsträger zu einem hohen Standard zu führen. Dies soll durch

Unterstützung des Wissenstransfers innerhalb der Landeseinrichtungen über eine Kommunikationsplattform geschehen.

Zur Konstituierung des „Netzwerkes Bildung“ fand daher im Vorfeld der Kommunalen Sommergespräche die erste „Kommunale Bildungskonferenz“ unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes statt.

Der Zweck des Zusammentreffens von Vertretern der kommunalen Bildungseinrichtungen, der Gemeindeaufsicht, den Landesverbänden des Gemeindebundes sowie Referenten aus Wissenschaft und Praxis, war eine erste Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation der Aus- und Weiterbildung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Österreich. Die steigenden Anforderungen an das Profil des Bürgermeisters der Zukunft werden den Österreichischen Gemeindebund im Rahmen des „Netzwerk Bildung“ in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen.

### **II/g Presse- und Kommunikation**

**D**er Österreichische Gemeindebund ist ein wichtiges Sprachrohr der Kommunen in der Öffentlichkeit. Der öffentliche Druck hilft mit, die Interessen der heimischen Gemeinden auch gegenüber der Politik zu vertreten und durchzusetzen.

Dies geschieht durch Unterstützung zahlreicher Veranstaltungen, der Gemeindebund organisiert und führt zum Teil auch selbst Veranstaltungen zur Imagebildung durch. Darüber hinaus beteiligt sich der Gemeindebund an Kampagnen gemeinsam mit Partnern (Bundesministerien, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, Klimabündnis, etc), aber auch in eigenen initiierten Events und Kampagnen. Bei der Beteiligung an Wettbewerben hat der Gemeindebund seine Rolle als Partner für 2009 stark eingeschränkt, um sich bei einigen wenigen Wettbewerben umso intensiver einzubringen.

Zusätzlich informiert der Gemeindebund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at), der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at), der Web- und E-Government-Plattform der österreichischen Gemeinden. Auch der Betrieb von zwei eigenen Teletext-Seiten auf ProSieben Austria (Seite 752 und 753) ist fixer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

### ***Pressekonferenzen und Pressemitteilungen***

Die Pressearbeit des Österreichischen Gemeindebundes ist mittlerwei-

le von großer Vielfalt. Den wichtigsten Teil dieser Arbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaus-sendungen und -konferenzen dar. Über die Austria Presse Agentur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen Zugang zu Informationen des Gemeindebundes, fast 700 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmäßig per E-Mail über die Aktivitäten und Positionen des Gemeindebundes informiert. Dieser Aufwand schlägt sich in den Medien deutlich sichtbar nieder. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes ist in großer Regelmäßigkeit Studiogast der Fernsehsender dieses Landes und nimmt nahezu täglich in Print- und digitalen Medien Stellung zu gemeinderelevanten Themen. Das Jahr 2008 war diesbezüglich überaus intensiv, die Finanzkrise hatte sehr vielfältige Auswirkungen auf die österreichischen Gemeinden, dem entsprechend hoch war die mediale Präsenz des Gemeindebundes auch bei sehr schwierig zu kommunizierenden Themen.

Alle Pressemeldungen und –unterlagen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zur Verfügung. Zusätzlich stellt der Gemeindebund auf seiner Homepage Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostationen sehr intensiv genutzt werden.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeindebundes war auch der 55. Österreichische Gemeindetag in Salzburg eine große Herausforderung. Mehr als 50 Journalisten ließen sich für dieses Ereignis akkreditieren, die Berichterstattung war dementsprechend intensiv.

### **Wettbewerbe**

#### Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis

Zum insgesamt sechsten Mal soll 2009 der „Preis der Kommunen“ in Partnerschaft mit dem Städtebund vergeben werden. Dieser Wettbewerb richtet sich an Nachwuchswissenschaftler sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden können alle Diplom- oder Dissertationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert.

#### „Verkehrssicherheitspreis 2008“

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Dies belegen zahlreiche Aktionen und Kampagnen, die der Gemeindebund selbst oder in Kooperation mit Partnern durchgeführt hat.

Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrs-

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

unfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen. Leider droht auch oft Gefahr durch schlecht beschilderte Kreuzungen, unzureichend beleuchtete Straßen, kaum wahrnehmbare Schutzwege oder andere Versäumnisse auf Verkehrsflächen.

Mit der Vergabe des „Verkehrssicherheitspreis 2008 - Aquila“, eine Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), wurden besonders engagierte Projekte von Gemeinden vor den Vorhang geholt und ausgezeichnet. Rund 30 Gemeinden haben 2008 ihre Projekte eingereicht, den Sieg trug die oberösterreichische Gemeinde Kirchschatz davon. Das Kirchschatz Projekt hatte - in einer Zusammenarbeit zwischen Politik, Schulen, Kindergärten und Polizei - die Bewusstseinsbildung als Schwerpunkt. Ein Lotsendienst, Warnwesten und zahlreiche Aktionen zur Verkehrssicherheit sollen schon bei den kleinsten Bürgern das Bewusstsein für Sicherheit im Verkehr schärfen.

Der „Verkehrssicherheitspreis 2009“ wird in den kommenden Wochen erneut ausgeschrieben und im Juni in Wien verliehen.

### „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2008“

Dieser Wettbewerb ist neu im Portfolio des Gemeindebundes und wurde 2008 zum ersten Mal vergeben. In

Partnerschaft mit dem Lebensministerium, dem Verbund-Konzern und der Kronenzeitung hat der Gemeindebund damit auf die zunehmende Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in den Gemeinden reagiert. Mehr als 80 Gemeinden haben ihre Projekte eingereicht, die Qualität der Ideen und Maßnahmen war enorm, weswegen dieser derzeit größte Wettbewerb des Gemeindebundes auch 2009 eine Fortsetzung finden wird. In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus wurden im Oktober 2008 in drei Kategorien Großschönau (NÖ), Güssing (Bgl) und Munderfing (OÖ) jeweils zur „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2008“ gewählt. Die Freude war bei den Siegern riesig, auch die zweit- und drittplatzierten Gemeindevertreter strahlten, schließlich wurden Preisgelder von insgesamt 90.000 Euro ausgeschüttet.

Keine Ausschreibungen gab es 2008 für die Preise zur „Innovativsten Gemeinde Österreichs“ und für den „Amtsmanager“. Die Ausrichtung und Gestaltung dieser beiden Wettbewerbe wird derzeit einer Neubewertung unterzogen.

### ***Publikationen***

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolg-



reich weiter. Mit der 2003 geschaffenen Kooperation RFG – „Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ liefern die Eigen-Publikationen des Gemeindebundes wertvolles Theorie-, Praxis- und Hintergrundwissen.

### KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin

KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, liefert seit vielen Jahren Monat für Monat unverzichtbare kommunale Fachinformationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der BürgerInnen. KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. KOMMUNAL versteht sich als Wegweiser durch den Dschungel der Gesetze und Vorschriften und als seriöser und ehrlicher Partner der Wirtschaft. Immerhin geben Österreichs Gemeinden laut Gemeindefinanzbericht Jahr für Jahr mehr als 15 Milliarden Euro aus und sind damit die mit Abstand größten öffentlichen Investoren des Landes. KOMMUNAL ist dort, wo kommunale Entscheidungsträger sind, bei Bedarf auch mit Sonderausgaben. Selbst-

verständlich ist KOMMUNAL auch im Internet auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) vertreten, dort können die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe nachgelesen werden.

### RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ

*Kooperationen bei Publikationen werden vertieft*

Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ hat der Gemeindebund in den letzten Jahren eine höchst erfolgreiche wissenschaftliche Publikationsschiene aufgebaut. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern sowie Kongressen und Symposien alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Neben Gemeinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Die RFG-Publikationen sind der Fachwelt mittlerweile auch ein Be-

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

griff, in vielen Bereichen wurden Themen durch RFG-Schriftenreihen erstmals ausgiebig behandelt. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über kommunalnet.at zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.

### *Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden*

Eine wichtige Säule im RFG-Informationspaket, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint, bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheinen. Im Jahr 2008 sind insgesamt vier Bände erschienen, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und sofortige Umsetzbarkeit der gebotenen Information auszeichnen. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

Die einzelnen Bände des Jahres 2006 der „Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ in Kürze:

- Band 1-2/2008: Sachs/Hahnl, Das neue Bundesvergaberecht – Leitfadens für Länder und Gemeinden (2. Auflage)
- Band 3/2008: Achatz/Brassloff/Bren-

ner/Schauer, Kommunale KG-Modelle und Rechnungsabschlüsse auf dem Prüfstand

- Band 4/2008: Mugler/Fink/Loidl, Zentraleuropäische Gemeindeentwicklung (Kurzfassung)

Die Langfassung des vierten Bandes ist auch als Buch im Verlag Manz erschienen. Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe des Jahres 2008 stehen auch in digitaler Form auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zum Download zur Verfügung.

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

2008 wurde die Internet-Seite des Gemeindebundes, [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) einem optischen und strukturellen Relaunch unterzogen. Die ständig steigenden Zugriffe auf die Seite beweisen, dass diese Neugestaltung sehr erfolgreich war. Die Möglichkeit Artikel zu bewerten erfreut sich dauerhaft großer Beliebtheit und ist für den Gemeindebund ein wichtiger Indikator. Neu ist die Möglichkeit, die Inhalte der Website auch per RSS-Feed zu abonnieren, auch dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Interessierte Nutzer können sich online für einen Newsletter eintragen, der rund zwei Mal monatlich über die wichtigsten kommunalen Themen informiert. Inzwischen haben mehr als 4.000 Personen dieses Service abonniert.



[www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

Das Intranet- und E-Government Portal des Gemeindebundes, seiner Landesverbände und der Kommunalkredit Austria [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) hatte 2008 ein schwieriges, aber erfolgreiches Jahr. Das Informationsangebot für Gemeinden wächst stetig, auch die Anwendungen, die Bund und Länder den Gemeinden zur Verfügung stellen, mehren sich. Derzeit sind – abhängig von der Berechtigungsstufe des einzelnen Nutzers – mehr als 70 behördliche und nicht-behördliche Anwendungen in das Portal integriert. Fast 1.900 registrierte Gemeinden nutzen das Portal, damit ist [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) das mit Abstand erfolgreichste kommunale Portal Österreichs.

Auch der Informationsteil bietet den Gemeinden höchste Professionalität und Qualität an Informationen an. So wurde auch 2008 – in Partnerschaft mit dem Innenministerium – der komplette Wahlkalender online zu Verfügung gestellt, die Gemeinden wurden zu den konkret notwendigen Zeitpunkten über die Handlungserfordernisse bei der Wahlabwicklung unterrichtet. Dieses Service war, wie auch schon bei den Wahlen der letzten Jahre, höchst erfolgreich, gerade auch weil die Fristen für die Abwicklung im Jahr 2008 besonders knapp waren und die Urlaubszeit der Gemeindemitarbeiter betroffen haben.

[www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at)

Über die Internet-Seite [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at) wurde auch 2008 die gesamte Anmeldung für den 55. Österreichischen Gemeindetag abgewickelt. Anmeldung und Hotelreservierung waren ausschließlich über diese Seite möglich. Diese Adresse wird jedes Jahr an den durchführenden Landesverband weitergegeben, auch das Anmeldeprogramm kann jedes Jahr vom jeweiligen Veranstalter genutzt werden, weil der Gemeindebund dafür die dauerhafte Lizenz erworben hat.

#### Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch in einem neuen Medium vertreten, dem Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind.

Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemein-

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2008

den reserviert. Jede einzelne Seite hat bis zu fünf Unterseiten (Rollseiten), die von den Gemeinden direkt mit Inhalten (Berichte, Veranstaltungshinweise, etc.) befüllt werden können. Bisher haben rund 80 Gemeinden eine entsprechende Vereinbarung mit ProSieben Austria unterzeichnet und ihre Seiten in Betrieb ge-

nommen. Damit wurde die Anzahl der teilnehmenden Gemeinden im Jahr 2006 verdoppelt. Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch. Das Projekt „Telegemeindetext“ wurde von ProSieben auch in Fernsehspots und der Fachzeitschrift „Kommunal“ beworben.



## III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes

### **III/a Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts**

Die satzungsgemäßen Organe des Österreichischen Gemeindebundes sind mit Stichtag 31.12.2008 wie folgt zusammengesetzt:

#### **Präsidium**

Das Präsidium besteht laut § 14 des Statuts aus dem Präsidenten, dem 1. und dem 2. Vizepräsidenten und den weiteren Landesobmännern. Der Generalsekretär und die ständigen Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes in den internationalen Gremien (Ausschuss der Regionen, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas), soweit sie nicht Landesobmänner sind, gehören dem Präsidium mit beratender Stimme an.

#### Präsident:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer (S)

#### 1. Vizepräsident:

Präs. LABg. Bgm. Mag. Alfred Riedl (N-V)

#### 2. Vizepräsident:

Präs. LABg. Bgm. Ernst Schmid (B-S)

#### Weitere Mitglieder im Präsidium:

Mitglieder des Präsidiums neben Präsident und Vizepräsidenten als Obmänner der Landesverbände:

Präs. LABg. Bgm. Leo Radakovits (B-V)  
 Präs. LABg. Bgm. Rupert Dworak (N-S)  
 Präs. 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch (K)  
 Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger (OÖ)  
 Präs. LABg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)  
 Präs. LABg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch (T)  
 Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme:

Generalsekretär Dr. Robert Hink  
 VPräs.Bgm. Erwin Mohr (AdR)  
 Bgm. Johannes Peinsteiner (KGRE)  
 VBgm. Marianne Fügl (AdR)

#### **Bundesvorstand**

Der neue Bundesvorstand besteht laut § 12 des Statuts aus 65 Mitgliedern, davon entfallen auf die Landesverbände 64 Sitze und ein Sitz auf den Generalsekretär. Folgende Mitglieder des Bundesvorstandes wurden dem Österreichischen Gemeindebund aufgrund des neuen Statuts bis 31.12.2009 nominiert:

#### Mitglieder Burgenland:

Präs. LABg. Bgm. Leo Radakovits  
 VPräs. Bgm. Johann Schumich  
 Präs. LABg. Bgm. Ernst Schmid  
 VPräs. LABg. Bgm. Matthias Gelbmann

#### Mitglieder Kärnten:

Präs. 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch  
 VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher



VPräs. Bgm. Valentin Happe  
VPräs. Bgm. Arnold Marbek  
VPräs. Bgm. Maximilian Lindner

Mitglieder Niederösterreich:

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser  
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Johann Heuras  
Bgm. Otto Huslich  
Bgm. Manfred Marihart  
LAbg. Bgm. Herbert Nowohradsky  
BR Bgm. Elisabeth Roth-Halvax  
Bgm. Karl Stangl  
LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer  
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak  
VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer  
GR Mag. Ewald Buschenreiter  
VBgm. Marianne Fülj  
Bgm. Manfred Mießner  
LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner

Mitglieder Oberösterreich:

Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger  
VPräs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer  
VPräs. Bgm. Fritz Kaspar  
Bgm. RR Franz Dopf  
Bgm. Dir. Rudolf Fischerlehner  
Bgm. Bruno Fröhlich  
Bgm. Dir. Johann Meyr  
Bgm. Peter Oberlehner  
Bgm. Johannes Peinsteiner  
Bgm. Walter Brunner  
Bgm. Karl Staudinger  
LAbg. a.D. Bgm. Otto Weinberger

Mitglieder Salzburg:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
VPräs. Bgm. Peter Mitterer  
Bgm. Rudolf Lanner  
BR Bgm. Ludwig Bieringer  
Bgm. Wolfgang Eder

Mitglieder Steiermark:

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger  
Bgm. Robert Hammer  
Bgm. Engelbert Huber  
Bgm. Heinz Jungwirth  
LAbg. Bgm. Karl Lackner  
Bgm. Dir. Karl Pack  
Bgm. Erwin Puschenjak  
Bgm. Manfred Seebacher  
Bgm. Christoph Stark  
Bgm. Johann Urschler  
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol:

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch  
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser  
VPräs. Bgm. Edgar Kopp  
VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
LAbg. Bgm. Arno Abler  
Bgm. Rudolf Fröhlich  
Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg:

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold  
VPräs. Bgm. Erwin Mohr  
VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger  
Bgm. Werner Walser

***Die Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes:***

Laut § 21 des neuen Stauts können vom Präsidium für die Beratung einzelner Fachgebiete Fachausschüsse gebildet werden.

Dementsprechend wurden die folgenden Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes samt ihren Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden eingesetzt. Die Nominierung der weiteren Mitglieder erfolgte statutenkonform durch die Landesverbände:

Rechtsausschuss

Sbg. Vorsitzender:	Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
Bgld. Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Mag. Klaus Mezgolits
Bgld.	VPräs. Bgm. Günter Toth
Ktn.	Mag. Stefan Primosch
NÖ	Mag. Christian Schneider
	LABg. VBgm. Karin Renner
OÖ	HR Dr. Hans Gargitter
Stmk.	Bgm. Manfred Seebacher
Tirol	Dr. Helmut Ludwig
Vbg.	Bgm. Mag. Harald Sonderegger

Finanzausschuss

Tirol Vorsitzender:	Präs. LABg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch
OÖ Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
Bgld.	Präs. Bgm. Leo Radakovits
	LABg. Bgm. Matthias Gelbmann
Ktn.	VPräs. Bgm. Arnold Marbek
NÖ	Präs. Bgm. Mag. Alfred Riedl
	Präs. LABg. Bgm. Rupert Dworak
Stmk.	Präs. LABg. Bgm. Erwin Dirnberger
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Vbg.	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold



### Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur

Vbg. Vorsitzender:	Bgm. Ludwig Muxel
Tirol Stellv. Vorsitz.:	VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
Bgld.	Bgm. Walter Temmel LAbg. Bgm. Christian Illedits
Ktn.	Bgm. Vinzenz Rauscher
NÖ	Bgm. Mag. Johann Heuras Bgm. Maurice Androsch
OÖ	Bgm. Johannes Peinsteiner
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Stmk.	Bgm. Jürgen Winter
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser

### Ausschuss für Raumordnung und Struktur

Bgld. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
OÖ Stellv. Vorsitz.:	VPräs. Bgm. Fritz Kaspar
Bgld.	Bgm. Friederike Reismüller
Ktn.	Bgm. Valentin Happe
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Sbg.	Bgm. Wolfgang Eder
Stmk.	VPräs. Bgm. Christoph Stark
Tirol	Bgm. Edgar Kopp
Vbg.	VPräs. Bgm. Erwin Mohr

### Europausschuss

NÖ Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
OÖ Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Johannes Peinsteiner
Bgld.	Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits Präs. Bgm. LAbg. Ernst Schmid
Ktn.	Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Emmerich Riesner
Stmk.	Bgm. Max Haberl
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Vgb.	Bgm. Werner Strohmaier

### Umweltausschuss

Stmk. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
NÖ Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Hermann Kühtreiber
Bgld.	LABg. Bgm. Wilhelm Heißenberger NR Bgm. Ing. Erwin Kaipel
Ktn.	VPräs. Bgm. Maximilian Linder
NÖ	LABg. Ing. Franz Rennhofer
OÖ	Bgm. Ing. Josef Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Peter Brandauer
Tirol	VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpfl Bgm. Franz Troppmaier
Vbg.	Bgm. Ing. Rainer Siegele

### Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Bgld. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid
Vbg. Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
Bgld.	VPräs. Bgm. Johann Schumich
Ktn.	Mag. Stefan Primosch
NÖ	Bgm. Othmar Matzinger LABg. Bgm. Helene Auer
OÖ	Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
Sbg.	Bgm. Dr. Christian Stöckl
Stmk.	VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger

### ***Rechnungsprüfer***

Der Bundesvorstand wählte folgende drei Personen als Rechnungsprüfer.

- Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
- Bgm. a.D. Dir. Hans Rauscher
- Bgm. Johann Oberlerchner

### ***Schiedsgericht***

Für das Schiedsgericht wurde vom Bundesvorstand der Vorsitzende und dessen Stellvertreter gewählt.

- Vorsitz: Univ.Prof. wHR Dr. Gerhart Wielinger, Graz
- StV.: Mag. Erich Trenker, St. Pölten

### **III/b Chronik der Organsitzungen 2008**

---

Im Jahr 2008 fanden unter Anführung der wichtigsten Beratungspunkte folgende Sitzungen statt:

#### **1. Bundesvorstand**

##### 5. März 2008 in Linz:

Statutarische Aufgaben wie Anhörung des Rechnungsprüfberichts für das Finanzjahr 2007 und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, Festsetzung der Mitgliedsbeiträge 2008, Genehmigung des Voranschlags 2008 und des Jahresarbeitsprogrammes 2008 des Österreichischen Gemeindebundes, Österreichischer Gemeindetag 2008 in Salzburg, Kommunale Sommergespräche, Personalien-Ehrungen.

##### 17. September 2008 in Salzburg:

Forderungspapier an die neu zu bildende Bundesregierung, Österreichischer Gemeindetag in Salzburg (Ablauf, Resolutionen), Personalien;

#### **2. Präsidium**

##### 26. Februar 2008 in Wien:

Statutarische Aufgaben wie Beschluss des Arbeitsprogrammes und Vorberatung von Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss, Personalien;

##### 9. Mai 2008 in Laibach:

Unterredung mit dem Staatssekretär im Amt des Premierministers Andrej \_ircelj

##### 1. Juli 2008 in Dürnstein:

- Kommunale Sommergespräche, in Bad Aussee, 30. Juli – 1. Aug. 2008
- Österreichischer Gemeindetag in Salzburg, 17.-19. Sept. 2008
- Getränkesteuer

##### 30. Juli 2008 in Bad Aussee (gemeinsam mit dem Finanzausschuss):

Steuerreform-Hearing September 2008; FAG: Grundsätzliche Reform des FAG; Getränkesteuerersatz; Einheitliche Abgabenordnung; Abschaffung der Selbstträgerschaft, Einheitswerte (Grundsteuer-Pilotprojekte);

##### 9. September 2008 in Wien

Forderungspapier des Österreichischen Gemeindebundes an die neue Bundesregierung.

##### 17. Oktober 2008 in Paris:

Nationalratswahl 2008; Gemeindefinanzen; Beteiligungen des Österreichischen Gemeindebundes; Internationale Fragen.

##### 5. Dezember 2008 in Wien:

Vorberatung des Voranschlags 2009 und des Arbeitsprogrammes des Gemeindebundes und alle Landesinteressen betreffende Angelegenheiten; Österreichischer

Gemeindetag 2009 in Lech; Service GmbH, Bericht des Geschäftsführers über den Verlauf des bisherigen Geschäftsjahres der Service GmbH; Personalia.

### **3. Direktoren und Landesgeschäftsführer**

#### 15.-16. Jänner 2008 in Graz:

Vorberatung der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung am 5. März 2008; Arbeitsprogramm und Voranschlag 2008, Österreichischer Gemeindetag 2008

#### 2. April 2008 in Wien:

Genossenschaftliche Lösungen kommunaler Aufgaben, Netzwerk Bildung (Information über den Status Quo und weitere Vorgangsweise)

#### 16. April 2008 in Wien (gem. mit Städtebund und Gemeindeaufsichtsbehörden):

Das neue Haushaltsrecht, Grundlagen des neuen Finanzausgleiches 2008, Abschaffung der Selbstträgerschaft, Entwicklung Steuereinnahmen und Ertragsanteile, Wirtschaftsprognosen, Maastricht-Statistik: Defizite und Schuldenstand 2007, Projekt „Einheitliche Abgabenordnung“, Getränkesteuer.

#### 23. Juni 2008 in St. Pölten:

Getränkesteuer (Vereinbarung über die Rückzahlung mit dem Handel), Hintergrund zum Zustandekommen der Vereinbarung und die politische Zusage des

Vizekanzlers, Erläuterung zum Inhalt der Vereinbarung und zum darin vorgesehenen Procedere, Beteiligung des Bundes und das dazu vorgesehene Verfahren, Finanzielle Risikogeschäfte von Gemeinden, Einheitliche Abgabenordnung, Dienstleistungsrichtlinie, Abschaffung der Selbstträgerschaft.

#### 3. September 2008 in Wien:

Forderungspapier des Österreichischen Gemeindebundes an die neue Bundesregierung, Rechtsschutz für Gemeinden, Abwicklung der Landesgeschäftsführersitzungen (Anregungen aus den Landesverbänden)

#### 3. November 2008 in Wien:

Entwicklung Steuereinnahmen und Ertragsanteile (erste Bewertungen der Auswirkungen der internationalen Finanzkrise), Österreichischer Stabilitätspakt, Maastricht-Statistik, Anwendung der Bevölkerungsstatistik im Finanzausgleich, Getränkesteuer (Rückzahlungsverfahren im Handel, Novelle zum FAG 2008), Abschaffung der Selbstträgerschaft, Grundsteuer und Pilotprojekte zur Einheitswertermittlung, Studie „Genossenschaftliche Lösung von Gemeindeaufgaben“, Normenprüfung des Gemeinderechts gem. der Dienstleistungsrichtlinie

### **4. Rechnungsprüfer**

#### Prüfung des Rechnungsabschlusses:

8. Februar 2008

## 5. Sitzungen der Ausschüsse

### **Rechtsausschuss:**

#### 21. April 2008 in Hallwang

Kostentragung bei Kriegsrelikten und Blindgängern; 2. Teil des Expertenpapiers zur Verfassungsreform (Neuregelung der Art 115 ff. B-VG); Gebarungskontrolle ausgelagerter Unternehmungen.

### **Europausschuss:**

#### 7.-10. Mai 2008 in Laibach

Unterredung mit dem Bürgermeister von Marburg, Präs. Franc Kangler und den weiteren Vertretern des Präsidiums des Slowenischen Städte- und Gemeindebundes; Überblick über das EU-Geschehen und Berichte aus internationalen Gremien (AdR, KGRE, RGRE, ...); Aktuelle Berichte: Vertrag von Lissabon.

#### Sitzung 16. Oktober 2008 in Paris:

Unterredung mit Vertretern des Verbandes kleiner Städte (Association des Petites Villes de France, APVF) über die Gründung eines europäischen Netzes kommunaler Interessensvertreter; Gespräch mit Präsident Jacques Pelissard, Association des Maires de France (frz. Gemeindebund), über die Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft und deren kommunalen Bezug sowie über die Organisation der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum;

Überblick über das EU-Geschehen und Berichte aus internationalen Gremien (AdR, KGRE, RGRE, ...)

### **Finanzausschuss:**

#### 30. Juli 2008 in Bad Aussee (gemeinsam mit dem Präsidium):

Siehe Präsidiumssitzung

### **Gesundheits- und Sozialausschuss:**

#### 2. April 2008

Konstituierung, Sozialrechtliche Absicherung der Bürgermeister;

### **Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur:**

#### 18. Juni 2008 in Wien

Studie „Stellenwert der Gemeinden für den österreichischen Tourismus“

### **Ausschuss für Raumordnung und Struktur:**

#### 8.-9. Juli 2008 in Kärnten

Konstituierung; Demographische Entwicklung; Neues Entwicklungsleitbild Kärnten – Räumliche Strategien zur Landesentwicklung Kärnten;

#### 5. November 2008 in Stadt Haag:

Präsentation des Projekts „LandLuft09“; Dorf- und Stadterneuerung; Politische Raumordnungskonferenz.

### ***Umweltausschuss:***

25. Februar 2008 in Wien

Wettbewerb in der Altsoffsammmlung, Folgen für die haushaltsnahe Altsoffsammmlung bzw. Restmüllsammmlung.

9. Juni 2008 in Wien:

Verpackungsverordnung Neu – Position der Kommunen für die Optimierung und wettbewerbsrechtliche Anpassung der Verpackungsammmlung; Stand der Gespräche ARGEV – EVA;

### **III/c Österreichischer Gemeindebund Service GmbH**

---

Die im Jahr 2004 gegründete, 100%ige Tochtergesellschaft des Österreichischen Gemeindebundes, hat in diesem Jahr wieder einiges an projektbezogener Arbeit geleistet. Insbesondere wickelt die Service GmbH sämtliche Geschäfte im Zusammenhang mit der Gemeindebund – MANZ Verlag Kooperation ab.

Im Bereich des Anlagevermögens wurden im Jahr 2008 keine Zugänge verzeichnet somit kam es lediglich zu einer leichten Reduzierung des Anlagevermögens aufgrund der jährlichen planmäßigen Abschreibung. Der Kommunalnet E-Government Solutions GmbH wurde ein Großmutterzuschuss gewährt,

ebenso wurde eine Rückstellung für den Rechts- und Beratungsaufwand gebildet. Im Personalbereich gab es keine Veränderungen, daher bleibt Dr. Robert Hink weiterhin Geschäftsführer der Service GmbH.

Die Service GmbH verzeichnete auf der Ertragsseite Einnahmen aus der Kooperation mit dem ÖWAV, Autorenhonorare von MANZ und Provisionen aus der Vermittlung von Geschäften für den KOMMUNAL Verlag.

Die steuerrechtliche Vertretung der Österreichischen Gemeindebund Service GmbH liegt weiterhin in der Verantwortung der Kommunal Consult Wirtschaftstreuhand & Steuerberatungs GmbH.

Noch im Dezember 2008 hat die Service GmbH einen Antrag zur Übernahme des Audits „familienfreundliche Gemeinde“ an die Sektion II des BMGFJ gestellt. Dabei soll der Service GmbH eine jährliche Förderung des Ministeriums zukommen um das Audit und die Zertifizierung zur familienfreundlichen Gemeinde durchführen zu können.

Ein Geschäftsbericht zum Jahr 2008 samt Jahresabschluss wurde dem Beirat der Service GmbH, der aus den Obmännern der Landesverbände besteht, im Zuge einer Sitzung am 17. Februar 2009 vorgelegt und genehmigt.

Über den weiteren Geschäftsverlauf berichtet Generalsekretär Hink als Geschäftsführer laufend im Rahmen der Präsidiumssitzungen des Gemeindebundes.

### **III/d Kommunalkredit Austria AG**

---

Im Herbst 2008 ist die Kommunalkredit Austria AG, die größte Bank für kommunale Finanzierungen in Österreich, in existentielle wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Das Geschäftsmodell der Kommunalkredit hatte zuvor im Wesentlichen daraus bestanden, große Geldsummen am internationalen Kapitalmarkt zu günstigen Bedingungen zu lukrieren, um dann den Gemeinden kostengünstige Kredite zur Verfügung zu stellen. Durch den Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte ist diese Variante der Refinanzierung weggebrochen und wurde für die Kommunalkredit zur Bedrohung. Die Bank wurde daher nahezu zur Gänze von der Republik Österreich übernommen. Der Österreichische Gemeindebund hatte eine strategische Beteiligung an der Bank von 0,22 Prozent, die er auch nach der Übernahme durch die Republik behalten hat. Der Gemeindebund will damit sicherstellen, dass die österreichischen Gemeinden weiterhin an einigermaßen günstige Kredite, vor allem für Vorhaben im Bereich der Infrastruktur, kommen können. Durch die Übernahme durch die Republik Österreich ist die höchste Bonitätsstufe der Bank

weiterhin sichergestellt, das wiederum bringt günstigere Refinanzierungen für die Bank, die diese guten Konditionen an die Gemeinden weitergeben kann.

Die Bank selbst konzentriert sich nach der Übernahme nunmehr ausschließlich auf ihr Kerngeschäft, nämlich die Finanzierung kommunaler und infrastruktureller Vorhaben. Alle internationalen Beteiligungen und Engagements werden beendet. Auch an der Spitze der Bank gab es höchst relevante Veränderungen. Neuer Generaldirektor ist Mag. Alois Steinbichler, der zuvor als Sanierer der BAWAG bekannt geworden war. Neuer Chef des Aufsichtsrates ist der ehemalige Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Dr. Klaus Liebscher. Sein Stellvertreter ist KR Adolf Wala, ehemaliger Präsident der Nationalbank.

In den kommenden Monaten und Jahren soll die Kommunalkredit Austria AG, unter Konzentration auf ihr Kerngeschäft, konsolidiert und neu aufgestellt werden.

### **III/e Generalsekretariat in Wien und Brüssel**

---

Die Arbeit des Generalsekretariates war im Berichtsjahr 2008 stark von dem neu in Kraft getretenen Finanzausgleich, von den Neu-

wahlen auf Bundesebene und von der Finanzkrise geprägt. Durch das Ausscheiden von Frau Iris Houra aus dem Sekretariat und von Frau Mag. Nadja Tröstl, wurden noch im Frühjahr Nachbesetzungen vorgenommen. Im Oktober konnten schließlich auch die offenen Positionen der juristischen Sachbearbeiter nachbesetzt werden. Insoweit wurde das Team des Generalsekretariats durch drei neue Mitarbeiterinnen und einen Mitarbeiter verjüngt. Die personelle Besetzung des Büros in Wien präsentiert sich zum Stichtag vom 31.12.08 wie folgt:

- Dr. Robert Hink (Generalsekretär)
- Mag. Nicolaus Drimmel (Jurist, GS-Stellvertreter)
- Herbert Kamleitner (Assistent des GS)
- Daniel Kosak (Pressesprecher)
- Mag. Bernhard Haubenberger (Jurist, Sachbearbeitung, seit 1.10.2008)
- Mag. Silvia Lingard (Juristin, Sachbearbeitung, seit 1.10.2008)
- Petra Stossier (Organisation)
- Marlies Nadlinger (Redakteurin, seit 18.2.2008)
- Beate Bauer (Finanz- u. Personaladministration)
- Sabrina Neubauer (Sekretariat)
- Blerda Arifi (Sekretariat)
- Sonja Aouida (Sekretariat, seit 10.3.2008)

#### ***Gemeindebund-Außenstelle in Brüssel***

Im Brüsseler Büro gab es keine personelle Veränderung. Mit der gemeinsam mit dem Städtebund angestellten Sekretärin war das Brüssel-Büro daher mit Mag. Daniela Fraiß als Büroleiterin und Frau Sybille Schwarz im Sekretariat besetzt.

Mit Anfang 2009 ist Frau Mag. Fraiß vorübergehend für die Zeit ihrer Mutter-Karenz frei gestellt. Nach Personalsuche und Abhaltung eines Hearings fiel die Entscheidung über ihre Vertretung auf Herrn Mag. Erwin Wetzel, der seit 12. Jänner 2009 die Außenstelle führt.



## IV. Informations- und Serviceteil

### IV/a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2008)

#### ***Ehrenpräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes***

Besonders verdienten Mitgliedern des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass ihres Ausscheidens der Titel „Ehrenpräsident“ zuerkannt werden (§ 6/3 Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers

#### ***Ehrenmitglieder des Präsidiums***

Dem Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass seines Ausscheidens aus dieser Funktion der Titel „Ehrenmitglied des Präsidiums“ zuerkannt werden (§ 6/2 Statut).

#### Träger des Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes

Personen, die sich um den Gemeindebund besondere Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 7/2a Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming

#### ***Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund oder die Kommunalpolitik außergewöhnliche Verdienste erworben haben, können zu „Ehrenmitgliedern des Österreichischen Gemeindebundes“ ernannt werden (§ 6/1 Statut).

- LPräs.a.D. Bgm.a.D. ÖR Rudolf TILLIAN, Hermagor
- HR Dr. Friedrich LECHNER, Linz
- Präs. Bgm. a.D. Hubert WAIBEL, Wolfurt
- Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen
- LPräs.a.D. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau
- LH Dr. Josef KRAINER, Graz
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Alfred HAUFER, Heidenreichstein
- Univ.-Prof. Dr. Hans NEUHOFER, Wels
- Präs. LPräs.a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- wHR i.R. Prof. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg
- LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. Anton KOCZUR, Groß Siegharts

- Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
- Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart
- Präs. LAbg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein
- Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
- Dr. Franz HOCKER, Salzburg
- VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
- VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
- Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming
- Dir. a.D. Dr. Klaus WENGER, Graz
- Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
- Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
- Präs. Bgm. a.D. Alfred HAUFEEK, Heidenreichstein
- Präs. BR Bgm. a.D. Ing. Georg KERSCHBAUMER, Villach
- LADir. Präs. wHR. Dr. Hermann ARNOLD, Mutters
- Dir. Dr. Kurt SOMMER, Bregenz
- VPräs. Bgm. a.D. Othmar KNAFL, Maria Saal
- Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Alfred ALCHINGER, Ried i.d. Riedmark
- wHR i.R. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg
- LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
- Präs. LPräs. a. D. Bgm. Anton KOZUR, Groß Siegharts
- Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
- Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart

### ***Träger des Ehrenzeichens des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund oder um die Kommunalpolitik besonderer Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenzeichens des Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 6/2b Statut).

- RgR Hans WURNITSCH, Schönberg
- RgR Franz WAGNER, Baden
- LPräs. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau
- LH Dr. Josef KRAINER, Graz
- LPräsident Mag. Edmund FREIBAUER, Mistelbach
- Präs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd STÖHRMANN, Mitterdorf/Mürztal
- Dir. a.D. Dr. Klaus WENGER, Graz
- Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
- Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
- Präs. LAbg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein
- Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
- Dr. Franz HOCKER, Salzburg
- VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
- VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
- VPräs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd STÖHRMANN, Mitterdorf/Mürztal

### **IV/b Trauer**

---

Der Gemeindebund trauert im Jahr 2008 um seinen aktiven Vizepräsidenten Bgm. a.D. Prof. Walter Zipmer, der am 13. Jänner 2008 verstorben ist, Walter Zipmer war neben seinen Ämtern in der Landespolitik 27 Jahre Bürgermeister und zuletzt 15 Jahre Verleger des offiziellen Organs des Österreichischen Gemeindebundes „KOMMUNAL“. In den letzten Jahren war Zipmer ein Maßstab für das internationale

Engagement unserer kommunalen Interessensvertretung.

Der Österreichische Gemeindebund trauert auch um sein Ehrenmitglied Bez.Schulinspektor i.R. Bgm. a.D. RR Sepp GANNER, der am 16. März 2008 von uns gegangen ist. Sepp Ganner war 30 Jahre lang Bürgermeister der Stadt Lilienfeld (1955-1985) und Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes.

## IV/c Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes

---



### **Burgenländischer Gemeindebund**

Präs. LAbg. Bgm. AR Leo RADAKOVITS  
 LGf. Bgm. a.D. Matthias HEINSCHINK  
 Ing. Julius Raab Straße 7/17001 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/799 34 oder 799 35, Fax: 02682/799-627  
 e-mail: post@gemeinebund.bgl.d.gv.at



### **Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland**

LObm. Präs. LAbg. Bgm. Ernst SCHMID  
 LGf. Mag. Herbert MARHOLD  
 Permayerstraße 5, 7001 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/775 255 oder 775 256, Fax: 02682/68105  
 e-mail: gvvgld@spoe.at



### **Kärntner Gemeindebund**

LObm. Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans FERLITSCH  
 LGf. Dir. Mag. Stefan PRIMOSCH  
 Burggasse 14/3, 9020 Klagenfurt  
 Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22  
 e-mail: gemeinebund@ktn.gv.at



### **Verband NÖ. Gemeindevertreter der ÖVP**

LObm. Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred RIEDL  
 LGf. Mag. Christian SCHNEIDER  
 Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten  
 Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880  
 e-mail: office@vp-gvv.at



### **Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ**

Präs. LTAbg. Bgm. Rupert DWORAK  
 LGf. Dir. Mag. Ewald BUSCHENREITER  
 Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten  
 Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20  
 e-mail: office@gvvnoe.at



OBERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

### **Oberösterreichischer Gemeindebund**

Präs. Bgm. a.D. Franz STEININGER  
LGf. Dir. Dr. Hans GARGITTER  
Coulinstraße 1, 4020 Linz  
Tel.: 0732/656 516 oder 656 517, Fax: 0732/651 151  
e-mail: post@ooegemeindebund.at



SALZBURGER  
GEMEINDEVERBAND

### **Salzburger Gemeindeverband**

LObm. Präs. Bgm. Helmut MÖDLHAMMER  
LGf. Dr. Martin HUBER  
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg  
Tel.: 0662/622 325-0  
Fax: 0662/622 325-16  
e-mail: gemeindeverband@salzburg.at



### **Steiermärkischer Gemeindebund**

LObm. Präs. LAbg. Bgm. Erwin DIRNBERGER  
LGf. Dr. Martin OZIMIC  
Burgiring 18, 8010 Graz  
Tel.: 0316/822 079  
Fax: 0316/810 596  
e-mail: post@gemeindebund.steiermark.at



### **Tiroler Gemeindeverband**

LObm. Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert RAUCH  
LGf. Dr. Helmut LUDWIG  
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck  
Tel.: 0512/587 130  
Fax: 0512/587 130-14  
e-mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at



Gemeindeverband  
Vorarlberger Gemeindehaus

### **Vorarlberger Gemeindeverband**

LObm. Präs. Bgm. Mag. Wilfried BERCHTOLD  
LGf. Dr. Otmar MÜLLER und Peter JÄGER  
Marktstraße 51, 6850 Dornbirn  
Tel.: 05572/554 51  
Fax: 05572/554 51-93  
e-mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at



## IV/d Der Österreichische Gemeindebund

---



PRÄSIDENT Bgm. Helmut MÖDLHAMMER  
GENERALSEKRETARIAT  
Generalsekretär Dr. Robert HINK  
Löwelstrasse 6, 1010 Wien  
Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72  
e-mail: oesterreichischer@gemeinbund.gv.at

GENERALSEKRETARIAT-AUSSENSTELLE BRÜSSEL  
Mag. Daniela FRAISS (derzeit karenziert)  
Mag. Erwin WETZEL (Karenzvertretung)  
Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel  
Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322 - 28 20 688  
E-Mail: oegemeinbund@skynet.be

G





Die Interessensvertretung  
für Österreichs Gemeinden

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)